

Einzelpreis 70 Heller.

Direktion und Verwaltung:  
Prag II., Haaslskovastr. 12.

Telephon:  
Tagesredaktion: 6795.  
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

### Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reformmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich.

4. Jahrgang.

Samstag, 28. Juni 1924.

Nr. 151.

## Der Gedenktag von Sarajewo.

Heute sind zehn Jahre verflossen seit dem weltgeschichtlichen Tage, da in der Hauptstadt von Bosnien die Schüsse knallten, die den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau töteten und welche den schon lange im Hintergrunde lauenden Weltkrieg auslösten. Von jenem 28. Juni des Jahres 1914 nahmen jene Ereignisse ihren Verlauf, die zu dem graufigen Drama führten, das die Menschheit über vier Jahre lang durch alle Schlingen und Abgründe der Hölle einen Weg namensloser Leiden schreiten ließ. Vor dem Auge der Erinnerung läßt das Gedächtnis an diesen Tag die Schrecken und das Entsetzen auftauchen, das diesem Ereignis folgte, ein Ereignis, das eine Kamarilla von Schurken und Trotteln zum Anlaß nahm, um den Feuerbrand zu entfachen, der Europa in ein Krümmersfeld und eine Gräberstätte verwandelte. Die Morde an dem serbischen Studenten Princip war der blutige Prolog des Weltkrieges, war für die verbrecherische Wiener Kavaliärsdiplomatie der lange gesuchte Vorwand, ihre Pläne zur Wirklichkeit werden zu lassen. Die Leichen des erschossenen Thronfolgerpaars waren noch nicht erkaltet, als diese frevelhafte Diplomatie schon ihr verbrecherisches Spiel begann, das den Krieg mit Serbien bringen sollte, wobei sie von dem festen Vorsatz ausging, sich durch nichts und von niemand daran hindern zu lassen. In den Wochen nach dem Attentat wurde das berühmte Ultimatum gebräut, aus dem das Wollen herausleuchtete, daß die darin enthaltenen Forderungen von Serbien abgelehnt werden. Indessen wurde ein ungeheurer Lügenapparat in Bewegung gesetzt, die bürgerliche Presse aller Schattierungen in den Dienst der Kriegspropaganda gestellt und unter der Devise „Serbien muß sterben“ die Gehe für einen Rache- und Vergeltungsfeldzug gegen Serbien entfesselt, die an Verlogenheit und Gewissenlosigkeit vergeblich ihresgleichen sucht. Die österreichischen Generale und Diplomaten, mit dem Außenminister Grafen Berchtold an der Spitze, ignorierten mit kaltem Gleichmut alle Warnungen und Vermittlungsvorschläge der Staatsmänner anderer Staaten, frohlockend darüber, daß nun die „große Zeit“ anheben könne, die Oesterreich-Ungarn neuen Ländergewinn, dem unbequemen Serbien dagegen Tod und Vernichtung bringen sollte. In der Atmosphäre, die das Sarajewoer Attentat schuf, und welche die Wiener Kriegsschürer künstlich und plangerecht mit Explosivstoffen zu erfüllen bestrebt waren, war es dann ein Leichtes, die Menschen in Mord, Tod und Not hineinzutreiben.

Daß die Schüsse Princip's nicht die Ursache des Weltkrieges, sondern nur das Signal für seinen Beginn bedeuteten, war schon damals offenkundig. Seit Jahren vorher zielte die Politik der Donaumonarchie darauf ab, einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um durch ihn des lästigen Nachbarn ein für allemal ledig zu werden. Schon vor dem Jahre 1908 führte Oesterreich-Ungarn, über Betreiben der ungarischen und österreichischen Agrarier, einen Volkskrieg gegen Serbien, der den Charakter eines wirtschaftlichen Ausrottungskrieges gegen das geborene „Kolonialgebiet“ der Monarchie hatte. Schon damals war die Würgerin in Bosnien infolge der dort geübten absolutistischen Verwaltungsmethoden in gefährlicher Weise gestiegen und mit Kroatien besand sich Habsburg in einem schweren Verfassungskonflikt. Um die eigene Macht und das Prestige zu stärken, wie auch, um die immer unzufriedener werdenden Südslaven einzuschüchtern, sollte durch eine Tat die Kraft bewiesen werden. So wurde am 25. Oktober 1908 die Annexion Bosniens proklamiert, was aber wieder nur eine neue Entfaltung des Volksworms in Serbien und eine Erbitterung der im Verbände des eigenen Staates wohnenden Südslaven hervorrief. Die An-

## Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

„Ein den französischen Verkündigungswillen befundener Entschluß“.

Berlin, 27. Juni. Die deutsche amtliche Mitteilung über die Rückkehr von 60.000 Personen in die Heimat, die durch Herriot ermöglicht wurde, schließt mit dem Satz: „Unsere Wünsche in dieser dem deutschen Volke und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheit, sind durch die Initiative der Regierung des Herrn Herriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher gebracht. Möge das Echo das dieser den französischen Verkündigungswillen befundende Entschluß in Deutschland sicher finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Ausnahmen baldigt aufgehoben und damit sämtliche Gefangenen und Aus-

gewiesenen der Freiheit und der Heimat wiedergegeben werden. Der nationalistische „Sozial-Anzeiger“ schreibt: Es ist natürlich, daß man mit Freude begrüßen muß, wenn die Franzosen und Belgier begreifen, das Unrecht der Ausweisungen wieder gutzumachen. „Die Deutsche Allgemeine Zeitung“ schließt an die amtliche Mitteilung die Erklärung, die französischen und belgischen Stellen haben dafür Sorge zu tragen, daß die Zurückkehrenden in ihren früheren Besitzstand wiederingesetzt werden. Die bloße papierene Erlaubnis zur Rückkehr ohne materielle Hilfe müßte wie eine Verhöhnung der nothleidenden Vertriebenen anmuten.

## Die Trauerfeier für Matteotti.

10 Minuten allgemeiner Arbeitsruhe zum Zeichen der Trauer.

Rom, 27. Juni. Von 10 Uhr vormittag haben die Oppositionsparteien eine Trauerfeier für Matteotti in Monte Citorio abgehalten. Gleichzeitig fand in der ganzen Stadt für 10 Minuten Arbeitsruhe statt. Die Arbeit in den Betrieben wurde eingestellt, die Straßenbahnwagen hielten nur 2 Minuten. Nach den Blättern wird Finzi wahrscheinlich aus der faschistischen Partei ausgeschlossen werden.

### Vertrauen für Mussolini.

Rom, 27. Juni. Im Senate brachte Senator Meledia gestern folgende Tagesordnung ein: „Nach Anhörung der Erklärungen des Ministerpräsidenten spricht der Senat unter Billigung der kundgegebenen Absichten, mit aller Energie zur Wiederherstellung der vollen Herrschaft des Gesetzes an die notwendigen Säuberungsaktionen sowie an die Befriedung des Landes zu schreiten. Ihr Vertrauen zum Vorgehen

der Regierung aus und geht zur Tagesordnung über.“ Bei der Abstimmung wurde der erste Teil bis zu den Worten: „Befriedung des Landes“ mit 249 gegen 4 Stimmen angenommen. Der zweite Teil, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, wurde mit 225 gegen 21 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

### Sozialistische Forderungen an Mussolini

Rom, 26. Juni. Die maximalistische Parteileitung hat die Forderungen ihrer Partei gegenüber der Regierung folgendermaßen festgesetzt: Rücktritt der Regierung, Auflösung der Kammer und der Miliz. Sie macht das Verbleiben ihrer Vertreter im Ministerienkomitee davon abhängig, daß alle Parteien sich mit der Forderung einverstanden erklären, die Regierung in den Anklagezustand zu setzen und jede Zusammenarbeit mit ihr, auch eine indirekte, daher auch die Teilnahme an den Kammeritzungen, abzulehnen.

## Hochverräter.

Von Rudolf Breitscheid-Berlin.

Deutschnationale Blätter haben mich einen Hochverräter genannt, der vor den Staatsgerichtshof gehöre, weil ich dem französischen Ministerpräsidenten die Ernennung des Generals Nollet zum Vorkämpfer in Berlin oder zum Kriegsminister angeraten hätte. Ich würde den Deutschnationalen gern das Vergnügen machen, mich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten, aber ich befürchte, daß wir beide, Deutschnationale und ich, auf dieses schöne Schauspiel verzichten müssen, da die Reichsanwaltschaft noch ein gut Teil intelligenter ist als die „Pommersche Tagespost“ und ähnliche Organe, die jenen hirnverbrannten Unsinn verbreiten haben. Aber ich will auch der nationalistischen Provinzpresse nicht zu nahe treten. Wenn ihre Redakteure auch nicht durch ein Uebermaß von Verstand beschwert sein werden, so traue ich ihnen doch so viel Einsicht zu, daß sie selbst nicht einen Moment an ihre eigene Nachricht geglaubt haben. Sie haben bewußt gelogen. Sie wollten eine Gehe inszenieren, und um zu ihrem Ziel zu gelangen, war ihnen jedes Mittel, auch das der allernärrsten und schmutzigsten Verleumdung, recht. Und warum die Gehe? Man konnte sich ungefahr vorstellen, worüber ein deutscher Sozialdemokrat mit Herrn Herriot reden werde. Unsere Partei hat ihren Standpunkt in der Frage der Befreiung der Ruhrgefangenen, der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Räumung des Ruhrreviers deutlich zu erkennen gegeben, als daß ein Zweifel über den Hauptinhalt meiner Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten möglich gewesen wäre. Aber das eben war und ist den Rechtsradikalen ein Dorn im Auge, daß es zu einer Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen kommen kann, daß ein Kabinett, in dem sie trotz ihrer heißen Sehnsüchte nicht vertreten sind, gewisse Zugeständnisse von Frankreich erreicht, und daß sich zuletzt gar ein Sozialdemokrat in seinem bescheidenen Teile um eine Erleichterung der auf Deutschland ruhenden Lasten bemüht. Daher stammen ihre Tränen, und daraus erklärt sich ihre Wut. Sagen wir es in einem Wort: Sie sind tief unglücklich, daß sich Poincare und der Nationale Bloch nicht mehr am Ruder befinden und ihnen so ein Argument, dem sie große Erfolge verdanken, aus der Hand genommen ist. Jetzt bemühen sie sich krampfhaft um den Nachweis, daß sich in Frankreich nichts geändert habe. Jetzt schwören sie, daß sich die Absichten Herriot's und der neuen Mehrheit durchaus mit denen Poincares decken, und es muß infolgedessen jeder ein Landesverräter sein, der zu den Männern der gegenwärtigen Regierung irgendwie in Beziehungen tritt, ohne sie zu beschimpfen und anzuspöien.

geheuerlichen, das das Verbrechen der Kriegsurheber über sie gebracht hat. Heute, zehn Jahre nach dem verhängnisvollen Ereignis, dürfen die bürgerlichen Parteien und ihre Presse, die in den Tagen zwischen dem Attentat von Sarajewo und dem Beginn des Weltmordes alle Hebel in Bewegung setzten, um das Ungeheuerliche zur Tat werden zu lassen, sich wieder als die Freunde und Retter des Volkes aufspielen. Die Vergeßlichkeit der Menschen legt uns die um so stärkere Verpflichtung auf, ihr Gedächtnis und ihr Gewissen aufzurütteln, sie zu warnen, auf der Hut zu sein vor einer Wiederholung des Schrecklichen. Die Voraussetzungen und Möglichkeiten für einen neuen Krieg sind noch immer gegeben, und sie bleiben es, solange die Herrschaft des Kapitalismus bestehen wird. Das Rüstungsfieber ist seither nicht geringer geworden. Ungelöste Fragen der nationalen Existenz beunruhigen wieder die Welt. Der Egoismus, die Grundtriebfeder der heutigen Wirtschaftsweise übt nach wie vor seinen Einfluß auf die obersten Gewalten der Staaten, stärkeren Einfluß, als die Ideale des Humanismus es vermögen. Die sozialistische, Klassenbewußte Arbeiterschaft ist die einzige verlässliche Hüterin des Friedens, die Kämpferin für eine Zukunft der Menschlichkeit und des Friedens. Ihr obliegt es vor allem, mit allen Kräften eine Wiederholung des grauenhaften Spieles mit dem Höchsten, mit dem Leben der Menschen und seinen Gütern, zu verhindern, auf daß der Ruf Wahrheit werde: Nie wieder Krieg!

region Bosniens verschlimmerte in böser Weise das Verhältnis zu den Jugoslawen, die nun bei der Entente sich nach Bundesgenossen gegen ihre habsburgischen Bedrücker umsehen. Während der Annexionserfreie mobilisierte Oesterreich das erste Mal gegen Serbien, demütigte es durch Kriegsdrohungen, doch mußte Oesterreich schon damals die Erfahrung machen, daß das serbisch-kroatische Einheitsgefühl im Widerstand gegen Wien sich umso mehr stärkte, je mehr die Hoffnungen der Südslaven auf eine Unterstützung der Krone im Kampfe für ihre nationale und politische Befreiung sank. In Wien und Budapest versuchte man es hierauf mit dem Agrarhochverratsprozesse, der die südslavische Bewegung im Innern der österreichisch-ungarischen Monarchie niederzuschlagen sollte, doch der damit endete, daß die von der k. u. k. Diplomatie als Beweis ins Treffen geführten Urkunden sich als plumpe und dumme Fälschungen entpuppten. Der Wille der Südslaven zum Widerstand bekam neue Nahrung während des Balkankrieges, den die Habsburger Monarchie neuerlich zum Anlaß nahm, um Serbien als Feind entgegenzutreten, indem sie Truppen drohend an der serbischen Grenze aufmarschieren ließ. Oesterreich-Ungarn befahl, der Krieg dürfe die Machtverhältnisse am Balkan in keinem Falle ändern, und damals geschah es, daß das offiziöse Preßbüro jene Lügen über die Verstückelung des Konsuls Prochazka in die Welt setzte, die den nötigen Vorwand zum Kriege liefern sollten. Nur infolge des Einschreitens der anderen Großmächte wurde Habsburg daran verhindert, Serbien den Krieg zu

erklären, was abermals eine Vertiefung des Gegensatzes zwischen Oesterreich und Serbien, wie auch eine Stärkung des Nationalgefühls der Südslaven zur Folge hatte. Im Jahre 1914 war nicht nur Serbien, waren auch die Kroaten, wie überhaupt das gesamte südslavische Volk, in voller Auflehnung gegen die Monarchie, die allen Anlaß hatte, vor einer südslavischen Revolution zu bangen. So kamen die Schüsse von Sarajewo den Wiener Regierungsmännern sehr gelegen, die Kriegspartei wollte sich diese Gelegenheit, loszuschlagen zu können, um keinen Preis entgehen lassen. Am Wiener Hofe war Franz Ferdinand alles eher denn beliebt, der Kaiser selbst verbrachte nach Empfang der Nachricht eine „wohl-durchschlafene Nacht“. Dennoch wurde durch die offiziöse Pressemache tiefste Betrübnis geheuchelt und alle Instinkte und Leidenschaften der Menge aufgepeitscht, um sie in Rachebestimmung zu versehen und von der ungeheuren Schuld Serbiens zu überzeugen, die nicht anders als mit Blut und mit der Vernichtung des Serbenstaates getilgt werden könnte. Das Verbrechen gelang. Eine kleine Schar von Ignoranten und Dummköpfen, Fälschern und Raubrittern vermochte das grauenvolle Unglück zu entfesseln, dessen Zeuge und Opfer das lebende Geschlecht gewesen ist. Noch heute lagern die stickigen Brandwolken über Europa, leiden die Völker unter den Nachwirkungen des Krieges, noch auch ist Haß und Unfrieden in der Welt, — alles Folgen des Weltbrandes, der vor zehn Jahren entzündet wurde. Dennoch neigt die Menschheit zum Vergessen all des Un-

Nun könnte man über diese Ausbrüche der Enttäuschung und Verzweiflung zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die große Gefahr bestünde, daß die nationalistischen Männer tatsächlich dazu beitragen, eine beginnende Befreiung im Reime zu ersticken. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Stellung des Kabinetts Herriot nicht übermäßig stark ist. Es hat bei der entscheidenden Abstimmung in der Kammer eine Mehrheit von 80 Stimmen erhalten, aber von diesen 80 Stimmen gehören neben den Radikalsocialistischen und den sozialistischen Gruppen, an deren dauernd Zuerückbleiben zu glauben Illusion wäre — selbst in der Partei Herriots sitzen auf dem rechten Flügel mehr oder weniger unsichere Radikale, die im gegebenen Augenblick ausbrechen können — „Zachsen“, wie man hier in Erinnerung an das Verhalten der sächsischen Truppen während der Völkerschlacht bei Leipzig solche Politiker nennt. Diese Kreise sind nicht unempfänglich für die intensive Agitation, die die alten Blockisten hinter den Kulissen treiben, eine Agitation, die vielleicht in erster Linie genährt wird von der Abneigung gegen den Antimerikanismus Herriots und von der ja auch anderwärts nicht unbekanntem Furcht vor neuen Steuern. Aber im wesentlichen bedienten sich die Blockisten außerpolitischer Argumente unter geschickter Bemühtung des Auftretens der deutschen Nationalisten: Nicht nur ihre Kundgebungen auf „Deutschen Tagen“ usw., sondern vor allen Dingen auch ihre Bemühungen, eine Verständigung um jeden Preis zu hintertreiben. Man versteht hier sehr genau, und ohne daß ein Deutscher den Franzosen die Augen zu öffnen brauchte, den wahren Sinn der Kampagne, die Herriot als einen anderen Poincaré hinzustellen sucht und in dem man die Nationalisten als die wahren Vertreter der öffentlichen Meinung in Deutschland ausbildet, hat man es verhältnismäßig leicht, eine Politik des Entgegenkommens und der Zugeständnisse als verhängnisvoll zu brandmarken und die Hoffnungen auf einen Sieg der demokratischen Bewegung in Deutschland zu zerstreuen. Und wo das Verhalten der Deutschnationalen und Deutschvölkischen nicht ausreichen sollte, um die Poincaristen mit Material zu versehen, da gibt es zum Glück noch die deutschen Kommunisten, die eine solche Lücke auszufüllen bereit sind.

Nun kommt dazu die Frage der interalliierten Rüstungskontrolle. Ich wiederholte in Paris bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß wenn es in Deutschland Rüstungen geben sollte, die über das Maß des durch den Friedensvertrag Erlaubten hinausgehen sollten, sie niemals ausreichen würden, einen Krieg gegen Frankreich zu führen. Antwort: Wenn dem so ist, warum träumt man sich dann bei Euch gegen diese Inventuraufnahme? Wer sich dieser Kontrolle widersetzt, erweckt den Eindruck, als ob er etwas zu verbergen habe, und dieser Widerstand kann böse Folgen haben.

In der Tat, in Deutschland muß man sich klar darüber sein, was eine Weigerung bedeuten würde. Es besteht, kurz gesagt, Gefahr, daß Herriot darüber stürzen könnte, um einer Regierung Platz zu machen, die im großen und ganzen die Wege Poincares einschlagen würde! Und selbst wenn das nicht geschähe, von dem Augenblick an, wo die Kontrolle abgelehnt würde, wäre von einer weiteren Annäherung keine Rede mehr und wäre die Räumung der Ruhr auf, ich weiß nicht wann, verlagert. Dann hätten die Franzosen — und die deutschen Nationalisten hier wieder die Regierung, die sie in schöner Einmütigkeit so sehr schmähen wollten.

Es lassen sich zahlreiche Gründe anführen, aus denen die Kontrolle für Deutschland schwer zu ertragen ist, aber sie alle wiegen federleicht

gegenüber der einen Tatsache, daß diese Inventuraufnahme eine der Voraussetzungen für die wirkliche Verständigung und für die allmähliche Befreiung unseres Volkes von politischem, wirtschaftlichem und moralischem Druck ist. Alles spitzt sich auf die Frage zu, ob man diese Verständigung will, ob man auch über die Stipulationen des Sachverständigenberichts hinaus zu einer Regelung der Streitpunkte gelangen will.

## Die Tüchtigkeit unserer Abgeordneten.

Ein Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes. — Ein Antrag auf Verbesserung des Wahlverfahrens.

Die Abgeordneten Dr. Czech, Fischer, Zaub und Genossen haben im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, daß das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 15. April 1915 aufgehoben wird.

In der Begründung dieses Antrages heißt es: Jene außerordentlichen Verhältnisse, welche die Erlassung des Ermächtigungsgesetzes veranlaßt haben, bestehen nicht mehr. Trotzdem wird es von der Regierung häufig, und zwar in durchaus mißbräuchlicher Weise in Anspruch genommen. Als Beispiel wollen wir nur anführen, daß die Regierung mit Verordnung Nr. 100 von 1924, den Judenpreis auf Grund des Ermächtigungsgesetzes festgesetzt hat. Solche Fälle beweisen, daß das Gesetz nicht zur Hintanhaltung von schädlichen Verzögerungen, bei unmittelbar notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen dient, sondern ausschließlich zur Ausschaltung des Parlamentes. Um dem Parlament sein verfassungsmäßiges Recht auf Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zu verschaffen, beantragen wir die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes. Eine finanzielle Belastung entsteht durch diesen Antrag nicht.

Das Wahlverfahren in der Tschechoslowakei leidet an dem wesentlichen Mangel, daß die ständigen Wählerverzeichnisse zweimal jährlich zu kalendermäßig bestimmten Terminen durchgeführt werden, ganz ohne Rücksicht darauf, wann Wahlen stattfinden. Welches Wahlrecht dadurch begangen wird, haben sehr deutlich die Brünner Gemeindevahlen gezeigt. Sie fanden am 1. Juni statt und in der vom 15. bis 22. Juni laufenden Einspruchsfrist wurden Tausende von Reklamationen, von der deutschen sozialdemokratischen Partei allein über 1600, eingebracht. All diese Tausende konnten ihr höchstes politisches Recht

die zur Zeit das Verhältnis zwischen den beiden Nationen vergiften. Und damit hängt die andere Frage zusammen: Wer sind die Hochverräter? Die, die an einem Ausgleich arbeiten oder jene, die ohne Rücksicht auf das Schicksal ihres Landes und ihrer Volksgenossen aus Parteigründen die Wunden am Körper Europas offen halten wollen?

nicht ausüben, weil die Wahlen auf Grund von Wählerverzeichnissen vorgenommen wurden, die im Dezember, also in einem monatelang zurückliegenden Reklamationsverfahren richtiggestellt wurden. Dieser Zustand ist unhaltbar und unsöbringender der Abhilfe bedürftig, weil nach dem ständigen Wählerverzeichnis nicht nur die Gemeindevahlen, sondern auch die Wahlen in die Nationalversammlung vorgenommen werden. Bei einem Reklamationsverfahren, das ohne klaren, den Wählern verständlichen Zusammenhang mit der Wahl durchgeführt wird, besteht nicht jenes Interesse und daher nicht jene Mitarbeit der Allgemeinheit, welche allein die Vollständigkeit und Richtigkeit der Wählerverzeichnisse verbürgt. Veränderungen zwischen dem periodischen Reklamationsverfahren, und der Wahl werden nicht berücksichtigt. Eine große Anzahl von Wahlberechtigten, die das Ergebnis der Wahl entscheidend beeinflussen könnten, wird auf diese Weise um die Ausübung des Wahlrechtes gebracht und die dreimonatige Sechsfachigkeit wider den Geist des Gesetzes unter Umständen bis zu einer neunmonatigen ausgedehnt. Wenn daher die Wahl ein treues Bild des Willens der Bevölkerung ergeben soll, muß vor jeder Wahl ein Reklamationsverfahren durchgeführt werden. Wird diese Forderung erfüllt, dann genügt es, wenn die periodische Rechtstellung einmal im Jahre erfolgt. Durch den Entfall eines Reklamationsverfahrens würde auch eine bedeutende Entlastung der Gemeinden herbeigeführt, ohne daß eine finanzielle Belastung des Staates einträte.

Unsere Genossen beantragen daher, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Durchführung von Wahlen in der Weise geändert werden, daß zwar die ständigen Wählerverzeichnisse bestehen bleiben, aber vor jeder Wahl ein Reklamationsverfahren durchgeführt wird.

## Der Nermellanal-Tunnel wird gebaut.

Macdonald will das Projekt verwirklichen.

London, 27. Juni. Die Mitteilung Macdonalds im Unterhause, daß er für die künftige Woche das Reichsverteidigungs-komitee zu einer außerordentlichen Sitzung zwecks Beratung über den Plan des Baues eines Tunnels unter dem Nermellanal einberufen habe, hat großes Interesse hervorgerufen. Macdonald hat bestimmt versprochen, daß diese Frage nicht länger hinausgezogen werden soll als zum Studium der Entwicklung der militärischen Kriegsmittel seit dem letzten Kriege notwendig ist. Der Premierminister fügte hinzu, daß er sich bemühen werde, dem Unterhause noch vor den Parlamentsferien Bericht zu erstatten. Wie gemeldet wird, wird die

Idee dieses Tunnelbaues von 440 Parlamentenmitgliedern unterstützt und falls sich auch die Regierung dafür definitiv entscheidet, so wird binnen absehbarer Zeit einer der romantischsten technischen Projekte der Geschichte verwirklicht werden. Man rechnet mit einer fünfjährigen Dauer des Tunnelbaues und glaubt, daß er einen günstigen Einfluß auf die in England herrschende Arbeitslosigkeit haben wird. In einer gestern abends Macdonald überreichten Denkschrift wird der Aufwand für den Bau auf 29 Millionen englischer Pfund und die Einnahmen aus der Tunneldurchfuhr mit einem Betrag veranschlagt, der die Verteilung einer Spross. Dividende ermöglichen wird.

## So vergeht die Herrlichkeit der Welt!

Dieses Wort mögen sich zähnelnischend voll schmerzlicher Wut die „bleibblühigen“ Herren Adligen sagen, deren Vorfahren durch Jahrhunderte zum Unheil des Volkes die Staaten regiert haben.

Das gleiche und allgemeine Wahlrecht beseitigte die politische Vormachtstellung der Großgrundbesitzer im alten Oesterreich und der Umsturz im Jahre 1918 nahm ihnen durch die Bodenreform ihre wirtschaftliche Vormacht über das arbeitende Landvolk und den Titel, machte sie zu ganz „gewöhnlichen“ Staatsbürgern.

In Ergänzung dieser Aktionen hat das Abgeordnetenhaus nun auch das Fideikommiß, das adelige Erbrecht, abgeschafft. Fideikommiss sind laut § 618 eine Anordnung, kraft welcher ein Vermögen als unveräußerliches Gut der Familie erklärt wird. Um zu begreifen, was die Abschaffung des Fideikommisses bedeutet, sei auf dessen Zweck hingewiesen. Der österreichische Rechtslehrer Max Hofner schreibt: „Das Fideikommiß soll den Familien des Adels, insbesondere denen des Hochadels, einen dauernden ökonomischen Rückhalt und damit zunächst die Möglichkeit gewähren, eine, dem Adelgrade entsprechende gesellschaftliche Stellung einzunehmen.“ Schon frühzeitig war die Sicherung der wirtschaftlichen Macht die Sorge der damals herrschenden Adelsklasse. Wie wichtig für sie diese Angelegenheit war, geht daraus hervor, daß zum Testieren eine königliche Bewilligung gefordert wurde, außerdem eine landesherrliche Zustimmung erforderlich war, wie sie die böhmische Landesordnung vom Jahre 1627 und die mährische vom Jahre 1736 vorschrieb. Ohne besondere Einwilligung der gesetzgebenden Gewalt konnte bis zum Umsturz noch dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch kein Fideikommiß errichtet werden, da man in der Verfolgung des Zweckes, unter dem Adel eine Art Auslese zu treffen und die Würdigsten zu belohnen, sehr streng vorging.

Das österreichische Gesetz vom 13. Juni 1868 betreffend die Errichtung und Verschuldung von Fideikommissen bestimmte im § 1 ausdrücklich, daß nur durch Reichsgesetz ein Fideikommiß errichtet werden konnte. — Auf Grund dessen wurden durch Reichsgesetz zum Beispiel errichtet: am 19. April 1871 das Fideikommiß Graf Czerni-Chudena in Petersburg bei Pödersam, am 18. April 1873 das Fideikommiß Markgraf Alfons Ballabactus in Jannitz (Mähren), am 1. April 1875 das Fideikommiß Herzog Friedrich August Alexander von Beaufort-Spontin in Peshou bei Karlsbad und am 28. Mai 1889 das Fideikommiß Alexandrien Fürstin Dietrichstein in Rolsburg (Südmähren).

Auf die Frage: wem gehört eigentlich das Vermögen, ist zu antworten: der Majoratsherr hatte das Nuzungsrecht, während das Oberigentum alle Interessenten (Inhaber samt den gegenwärtigen und zukünftigen Erben) inne hatten. Wie streng der Schutz der Fideikommissen war, geht aus dem schon erwähnten § 618 a. b. G. B. hervor, der nicht nur freiwillige, sondern auch exekutive Verfügungen ausschloß. Selbst mit gerichtlicher Bewilligung kontrahierte Schulden, konnten nicht aus der Materie, sondern nur aus den Einkünften befriedigt werden.

Es ist nicht ohne einen gewissen pikanten Reiz, nachzusehen, welche gesellschaftliche Stellung der Adel nach seiner eigenen Auf-

## Die kleine Lotte.

(28)

Von Simone Bobbe.

Übersetzt von Dr. Anna Rufbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Menschen“, Wien.

„Sprich nicht vom kleinen Polo, Mutter — es ist zu viel — ah, mein Gott, mein Gott“, fängt Rosa wieder an.

„Heul nicht. Es ist lächerlich.“

Um ihre Kinder erziehen zu können, nahm sich Armandine Liebhaber, nicht zum Lachen, wahrhaftig, obgleich... Na, Sie verstehen schon. Ihr Traum war ein erster, alleinlebender arbeitssamer, ruhiger Mann, der glücklich gewesen wäre, bei ihr ein fröhliches Heim zu finden. Sie war nicht schwierig, er mußte bloß den Kindern gefallen; sie verlangte nicht, daß er reich sei, nur daß er arbeite, ihr die Nahrungskosten ersetze. Samstag sollte er die Kleinen in den Circus führen. Ein Mann allein — der weiß nicht aus noch ein — eine Frau, wie sie, kam ihm nicht teuer zu stehen, und, indem man so alles gemeinsam nahm, konnte man glücklich sein. Aber die Männer sind so anspruchsvoll! Was hatte sie nicht schon an Liebhabern überstanden! Zuerst ganz Jücker und Honig, kaum aber hatten sie im Hause Fuß gefaßt, wollten sie alle schulmeistern. Natürlich ging das nicht. Außer Hause zog man sich den Mantel fester, gab es keinen Centime mehr dabei. An einem Sonntag war Vertchen beauftragt, die Suppe aus allen Vorräten und Wasser zu kochen, hatte sich's ausgedacht, einen alten Stiefel in den Topf zu werfen, um sie schmackhafter zu machen.

„Na — Lucie — geheult hat der Junge, weil ich seinen Einfall nicht genial finden wollte! Mein Vertchen, gute Kinder — gelangweilt haben wir uns nicht, jeder hat das Seinige dazu getan. Bei der Truppenmusterung in Longchamps, wo ich

Sodawasser verkaufte, was hat Vertchen da geschrien: „Daher — zur frischen Quelle!“ So hat man auch niemals verjümt, am vierzehnten Juli zu feiern. Großartige Idee von unsern Vätern, die Bastille zu diesem Zeitpunkt einzunehmen. Nur Rosa macht uns Sorge, weil sie nirgends ruhig bleiben kann. Sie kann nicht. Ich aber sage: Man muß sich gegenseitig ertragen im Leben.“

Armandine glaubte, Erfüllung ihres Traumes gefunden zu haben. Ihr Lechter war ein ordentlicher Mann, nicht böse. Er brummte ein wenig. „Aber wer ist vollkommen?“ Vorgestern fand er das Abendessen verpaßt, und wirklich — es war schlecht — aber Vertchen wurde ohne Grund gleich zornig, sofort grobe Worte, der Arme war fortgegangen.

„Er hat mich sehr gern gehabt, Lucie, es tut mir leid, ich begann mich an ihn zu gewöhnen; wirklich, es tut mir leid, aber wie ich ihm sagte: Was willst du, du mußt den Kindern gefallen; ich hab sie nicht auf die Welt gebracht, um sie zu kränken. Hier soll Eintracht herrschen, das ist immer meine fixe Idee gewesen. Aber ihr wollt doch auch nicht, daß ich mich kränke, meine Kinder. Er wird dich auffuchen, Vertchen. Spiel nicht den Bösen, mein Junge.“

Vertchen brummte: man würde schon sehen. „Was will denn der Alte? Er langweilt sich daheim wie eine tote Ratte hinter einem Koffer, man bietet ihm eine Familie, eine Bude voll Unterhaltung, was verlangt er denn noch?“

„Ich will ihn gern anhören, Mutter, aber er soll nicht schlau sein wollen. Er hängt an dir, weil du drollig bist. Also — mag er sich anständig aufzuführen, ich will nicht, daß man dich aus-

beutet.“

herrsche, zum Teufel, es ist nicht leicht. Hör, Lucie, hab mal einen Liebhaber gehabt, hat ein Auge auf die Rosa geworfen. Na — der hat das Seinige abgetrieft! Die wird sich auch nicht ausbeuten lassen. Ist nicht wie Helene — nein — schau mal me. z. Vili an!“

„Mutter...“

„Sie ist verliebt, meine Kleine, verliebt.“

Seit einem Monat liebt Helene einen gewissen Anatol. Er trägt die Schachteln in dem Geschäftshaus in dem Armandine und ihre Tochter arbeiteten, bevor sie bei Décoiffer eintraten. Kein schlechter Kerl, dieser Anatol, aber das ist doch keine Stellung! Was ist ein Schachtelenträger? Ein armer Teufel, nur dazu da, um ganze Vormittage strahnd, strahnd zu laufen. Unter dem Toreingang muß er warten, solange es den Kunden beliebt, an Nachmittagen stolziert er mit abschleichen Leuten herum, die oft im Gefängnis gewesen, das will nicht heißen, daß sie nichts taugen, aber dennoch — schön ist so was nicht.

„Du begreiffst, Vili, will dir nicht Tugend predigen. Tugend — Dummheiten — kann euch nicht alle an einen Faden anbinden, nicht wahr? Und dann — ich, in deinem Alter — da hab ich mir schon lange was vergönnt gehabt — ich bedauere es nicht. Also, ich will dir nicht Tugend predigen. Wann euch paßt, paßt euch, da läßt sich nichts gegen sagen, aber ich werde nicht zugeben, daß du eine solche Eiselei machst, du, so zart, dich mit einem Rohling zusammenzun. Ein dicker aufgeschwemmter Kerl, weich wie Kautschuk, der dich vor Hunger wird umkommen lassen. Erinnerung dich! Was hat der Arbeitgeber von Rosa gesagt, als ich ihn fragte, was dir fehlt? Er hat gesagt, du tust besser, nicht zu heiraten. Wie ich ihm sagte: Meine Tochter hinkt, das soll sie nicht hindern, das Leben zu genießen. Ihr habt gut lachen — mücht euch an ihrer Stelle sehen. Aber so eine Eiselei laß ich dich nicht machen, nein, ich

lasse dich nicht, Vili. Kinder, verbietet es dieser Narrin!“

Vili beginnt zu weinen, ihr Bruder und ihre Schwester schreien:

„Du darfst nicht fortgehen, Vili, wir behalten dich bei uns Vili.“

Vertchen ergreift sogar das große Küchenmesser, das auf dem Tisch liegt:

„Wenn Anatolchen wieder hier herum-schleicht, mach ich ihn kalt.“

„Wir müssen heim“, sagt Lucie.

„Aber — bleib doch zum Abendessen! Nicht alle Tage sieht man sich. Er gibt Rindfleisch. Auf zur Suppe, Kinder, zur Suppe!“

Jeder eilt, beim Tischdecken zu helfen. Neue Gelegenheiten für Vertchen und Rosa, in Streit zu geraten. Die Lampe fällt beinahe zu Boden. Nach wiederhergestellter Eintracht setzt man sich. Charlotte zwischen Armandine und Lucie. Obgleich sehr aus der Fassung gebracht durch das sonderbare Benehmen ihrer neuen Freunde, ist die kleine Charlotte herzhafter, als sie es seit dem gestrigen Tage gekonnt.

„Sehen Sie, Charlotte“, sagt Armandine (ich darf Sie doch so nennen, nicht wahr, werden ja Kammeradinnen), „sehen Sie, das Leben ist nicht immer rosenfarben, aber zusammen sein, ich und die Kinder, am Abend vereint — von derselben Lampe erhellt — das hat uns immer warm ums Herz gemacht, wenn auch nichts in den Tellern gab. Wie ich meinen Rangen sage: man kommt in diese Welt, ohne es verlangt zu haben, man tut nicht, was man will, sondern was man kann. Hab euch keine Erziehung geben können, hab auch keine gehabt. Wie ich klein war, setzte es nur Prügel. Aber die Erziehung haben, spreizen sich bloß, tun groß. Schaut man näher zu — sie machens nicht besser als wir. Das ist ihre Sache. Man soll niemanden verachten.“

(Fortsetzung folgt.)

fassung einzunehmen hatte. Der reichsdeutsche Graf Amadeus von Dönnersmark erklärte in seiner Schrift „Reform des Adels“ im Jahre 1868: „Man ist immer zur Verantwortung gekommen, daß der Adel nützlich sei, wenn er seine Vorzüge richtig zu gebrauchen verstehe. Diese Vorzüge bestehen in der höheren Bildung, in dem wohlthätigen Gebrauch seiner Unabhängigkeit, hauptsächlich darin, daß er beides durch einflußreiche Stellungen, die er häufig bei Hof oder im Staat durch die Bedeutung seiner Liegenenschaften erlangt, zum allgemeinen Wohl anwendet.“ Das liebe allgemeine Wohl, die höhere Bildung — wie sah das in Wirklichkeit aus? Abgesehen von Leibeigenschaft und Robot in vergangenen Zeiten, dem Schanden der Bauern, welche hervorragenden Leistungen auf sozialen, politischen und geistigen Gebiet wies die privilegierte Adelsklasse in der jüngsten Vergangenheit auf? Mit Schaudern haben wir im alten Oesterreich die Unfähigkeit der meisten regierenden und kommandierenden Adelsigen gesehen! Auf sozialem Gebiete war das Wort, Adel verpflichtet, leerer Schall und Rauch. Die oft vielgerühmte Wohlthätigkeit adeliger Familien war im allgemeinen aufgelegter Humbug. Im Jahre 1903 schrieb die „Reichenberger Zeitung“ diesbezüglich: „In welcher Weise genügt nun der Großgrundbesitzer, welcher ja vorwiegend ein Adelsbesitz ist, bei so vielen Rechten seinen Pflichten? Die mit ihrem Vermögen angeführten 33 Großgrundbesitzer Böhmens, welche über 16 Prozent der Bodenfläche des Landes besitzen, unterhalten — vier Armenspitäler (eines für 24 Personen, gestiftet 1792), eine Waisenabteilung, ein Hospital für sechs Männer und sechs Frauen (gegründet 1660), einen Kindergarten, eine Hausfrauenschule und ein Mädcheninstitut! Oder man sehe sich das Kapitel „Studentenstiftungen“ an: Nur zwölf Prozent des im Zeitraum 1887 bis 1891 gestifteten Kapitals entfallen auf Guts- und Grundbesitzer. Wie sieht es mit den Bildungsbereitungen? Um nur ein Beispiel anzuführen: Unter den 2366 Mitgliedern des niederösterreichischen Volksbildungvereines ist nicht ein einziges Mitglied des hohen Adels. Dafür bezahlt freilich der Fürst Schwarzenberg seinen Tagelöhnern 60 und der Erzbischof Dr. Kohn gar nur 40 Heller!...“ So schrieb vor 21 Jahren ein deutschnationales Organ gegen die Adelsklasse, heute verteidigen sie die Deutschnationalen gegen die Bodenreform!

Wenn verschiedene bürgerliche Schriftsteller seinerzeit im Adel eine Notwendigkeit für Monarchien sahen, die durch einen sicher fundierten Adelsstand gestützt wurden, so entsprach das der historischen Entwicklung der Adelsklasse, die als eine Trabantengarde dem Kaiser und König diene und für gewisse Heldentaten — zum Beispiel Vertreibung der Protestanten, Katholiksmachung der Bevölkerung — entsprechend belohnt wurde. Der Wahrheit entsprechend, hat der deutsche Schriftsteller Gneist in seinem Buch „Geschichte der englischen Kommunalverfassung“ das Gegenteil von der angeblich nützlichen Einrichtung der Fideikommissie festgestellt: „Diese erzeugten im günstigsten Falle eine besondere Klasse privatisierender Gentrymen, im ungünstigsten Falle wirkten sie wie Verschwendungserklärungen, erzeugten eine standesgemäße Leichtsinnigkeit im Schuldenmachen auf Kosten anderer Klassen. Sie erzeugten jenes Geschlecht, welches zuletzt nur noch ernste Dinge frivol und frivole Dinge ernst zu nehmen wußte.“ Der Aristokratismus gar mancher Adelsigen ist damit nicht aber freilich gekennzeichnet.

Wenn daher das Fideikommiss als ein Stück Aristokratismus abgelehnt wird, so ist das vom Standpunkt unserer Partei nur zu begrüßen. Denn es wird mit dem kapitalistischen Prinzip des freien Spiels der Kräfte, der Unantastbarkeit des Privateigen-

tums gebrochen und das allgemeine Interesse vorangestellt. Begreiflich, daß die Klopfflechter kapitalistischer Interessen, wie zum Beispiel die Landbändler, sich dagegen sträuben. Im Motivbericht des Gesetzes heißt es: „In einer demokratischen Republik, die den Adel und die Titel abgeschafft und die Gleichheit aller Bürger verkündet hat und in der jeder einzelne durch eigene Arbeit sich seine Stellung erwerben soll, kann kein Platz für Familienfideikommissie sein. Der Wille eines Einzelnen, der durch die Verfügung über sein Vermögen für immer den Willen und die freie Disposition seiner Nachkommen einschränkt und vom Genuß des Vermögens einzelne Familienmitglieder ausschließt, ist für die Allgemeinheit schädlich. Es ist nicht sozial, daß Einer aus einer Familie auf Kosten der Uebrigen ein ansehnliches Vermögen genießt und sie ausschließt von der Bearbeitung des Familienbodens.“

Den Nutznießern und Antwärtern wird im Gesetz die Möglichkeit gegeben, im Wege eines Uebereinkommens die Verhältnisse des freigeordneten F.-R.-Vermögens zu regeln. (!?) Sonst geht das Vermögen in das Eigentum jener Personen über, welche am Tage des Wirksamkeitsbeginnes des Gesetzes die Besitzer waren. Ist das F.-R. frei, fällt das Vermögen jener Person oder jenem Zwecke zu, welche dem Gründer in der Erteilungsurkunde für diesen Fall bestimmt hat, oder welche nach der geltenden Ordnung an ihre Stelle getreten sind. Es fällt das freigeordnete F.-R. in die Verlassenschaft des letzten Besitzers.

Die Nachfolgeansprüche aller weiteren Antwärt mit Ausnahme des im Gesetz vorbehaltenen Anspruchs erlöschen ohne Entschädigung. Die Nutznießer des Fideikommisses werden also auf das Aussterbecat gesetzt.

Die Möglichkeit, ein freiwilliges Uebereinkommen zu schließen, hat im landwirtschaftlichen Ausschuss Bedenken erweckt, da es vorkommen könnte, daß bei einer größeren Anzahl Interessenten die Aufteilung des Großgrundbesitzes erfolgt, daß die jeweilige Größe unter 250 Hektar sinkt und dem Beschlagnahmegesetz nicht mehr unterliegt. Man hat aber seitens der Mehrheit eingewendet, daß das Bodennamnt dies zu verhindern wissen werde. Ob das in allen Fällen zutrifft, muß abgewartet werden. Angesichts der Tatsache, daß die Vermögen der 152 Fideikommissie, um die es sich handelt, ebensowenig wie die des übrigen Großgrundbesitzes zinslos ehrlich und redlich erworben wurden, ist die Frage der Entschädigung wohl aktuell, aber gegen die entschädigungslose Uebnahme sträubte sich die Mehrheit von jeher. Ob man dunkel ahnt, daß auch eine Zeit kommt, wo das Erbrecht der Industrie, Handels, und Börsenmagnaten zugunsten der Allgemeinheit abgeändert wird?

Angesichts der Tatsache, daß der Präsident des Bodenamtes Dr. Biskovsky sich offen für die Schaffung „Atheischer Edelleute“ mit Hilfe der Bodenreform einsetzt, muß davor gewarnt werden, an Stelle der alten Fideikommissie, der nun abgetanen Adelsklasse, eine Art neue Besitzprivilegien der tschechischen Bourgeoisie zu setzen.

Dringend verlangt muß werden, daß die zu übernehmenden Kunstschätze nicht sämtlich nach Prag geschleppt werden, sondern in den betreffenden Gebieten verbleiben, in denen sie sich zur Zeit befinden. Sie können dort städtischen Museen usw. überwiesen werden.

Wir sind Zeugen des geschichtlichen Vorganges der Machtentkleidung einer einst ungeheuer mächtigen, alleinherrschenden Klasse — hoffentlich werden wir auch noch Zeugen, wie die heutige kapitalistische Klasse ihre Macht an das Proletariat verliert. J. S.

### Opfer der Krise.



Der eine: „Wenn ich so denk, ich könnte wieder ins Geschäft gehen und arbeiten!...“ Der andere: „Wenn ich so denk, ich müßte wieder ins Geschäft gehen und arbeiten.“

## Die parlamentarische Lage.

Das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses schließt die Beratung der Sozialversicherungsvorlage um halb 6 Uhr früh ab. — Das Ergebnis der Beratungen der Zollpötte. — Die tragliche Julisession.

Das Abgeordnetenhaus hat seine Ferien angetreten, die bis Anfang September dauern sollen. Wohl sagt man, daß das Haus zu einer kurzen Julisession zusammentreten soll, aber diesem Gerücht wird wenig Glauben geschenkt. Die politische „Pötte“ wird die ganze Woche Beratungen abhalten, um diese Julisession möglich zu machen, es ist aber wenig wahrscheinlich, daß es zu einer Verständigung zwischen den Koalitionsklubs kommt. Sollte es aber wider alle Erwartung doch zur Julisession kommen, so werden einige der finanzpolitischen Vorlagen, vor allem die Regelung der Altpensionistenverhältnisse, verhandelt werden.

In der Nacht von gestern auf heute hat das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses in einer Sitzung, die von zehn Uhr abends bis halb sechs Uhr früh dauerte, die Beratung der Sozialversicherungsvorlage beendet. Der gedruckte Bericht des Subkomitees über die Sozialversicherungsvorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuss am Dienstag vorgelegt werden. Im Subkomitee hat den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Genosse Taub vertreten, der in nennenswerten Kampfe mit den Koalitionsparteien, in unabhägigen Tag- und Nachsitzen, Verbesserungen der Vorlage durchzudrücken suchte.

Die Zollfrage ist noch immer nicht geregelt. Die Zollpötte hat am Donnerstag durch den Abgeordneten Ratoušek der politischen Pötte ein Protokoll über ihre Tätigkeit überreicht, das Anregungen zur Lösung der Krise enthält und die Punkte aufzählt, in denen sich die einzelnen Vertreter der Koalitionsparteien — es sind dies die Abgeordneten Matoušek, Slavicek, Brany, Bihovec und Dr. Rosel — geeinigt haben. Sehr viel Konfliktspunkte blieben ungelöst und es wurde der politischen „Pötte“ und der Regierung ihre Lösung überlassen, die in einem Ermächtigungsgesetz gipfeln dürfte.

Wenn man die Bilanz der Frühjahrs-session zieht, so kann man sagen, daß eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen, die die Regierung schon unzählige Male angekündigt hatte und die immer wieder aus einer Session in die andere verschoben wurden, auch diesmal wieder in die Koalitionsversenkung verschwanden. Es hat dies seinen Grund in den zerfahrenen Verhältnissen in der Koalition, die nicht nur auf den Konflikt in der Zollfrage, sondern auch auf die Nervosität infolge des in der Ferne auftauchenden Gespenstes der Neuwahlen — die ja doch einmal kommen müssen, denn nichts auf Erden dauert ewig, auch nicht die Herrlichkeit der Herrschaft der gegenwärtigen Koalition — herrschen. Ist nur im Interesse des Staates gelegen, wenn die Herrschaft der in jeder Beziehung auseinanderstrebenden Koalitionsparteien baldist ein Ende nimmt und an ihre Stelle eine in den natürlichen Verhältnissen begründete Koalition tritt.

### Franz Ferdinand.

Es brauchte nicht des besonderen Anlasses der zehnjährigen Weiderkehr des Tages von Sarajewo, um die Schätze Gabrielis Principis nicht zu vergessen. Die Eindrücke des Tages können uns stündlich an das Erlebte mahnen, zeugen Gedankenreihen, deren schließliches Ende jenes Attentat ist, das vielleicht nur ein letzter äußerer und unbedeutender Anstoß war, das aber für immer weithin sichtbar Anfang und Ausgung der Welttragödie bleiben wird. Wie immer man daher zur Tat Principis stehen mag, man wird ihrer mit Grauen gedenken, weil sie das Fanal am Vorabend des blutigen Festes aller bösen Mächte der Menschheit war. Die historische Bedeutung des Wortes von Sarajewo hindert eigentlich, ihn vom Standpunkte bloßer Menschlichkeit aus zu beurteilen. Das Ereignis rückt über die Waage des Gewohnten hinaus. Trotzdem wird auch der Anhänger jener Kreise, die Princip ausfinden, nicht vergessen, daß ein politischer Mord selbst für den, der ihn als Kampfmittel billigt, in dem einen Fall zur Untat wurde, weil eine unschuldige Frau das Ziel der zweiten Kugel war. Das schreckliche Los Principis, der in den Kassenmatten von Theresienstadt von den Sachwaltern jener Macht, der das Attentat willkommen war, als allen offenen Feinden Franz Ferdinands, zu Tode emariert wurde, wird nicht ganz damit verschöner, daß er am 28. Juni 1914 zu einem Mord, der ihm befreiende Tat schien, einen ganz überflüssigen zweiten hinzufügte.

Aber, war das Ende Franz Ferdinands selbst eigentlich ein Unglück für die Völker Oesterreichs? Was dem Tag von Sarajewo folgte, war so ge-

waltig, daß man es heute nicht mehr wagen kann, daß man nicht mehr erwägen kann, wie es anders hätte werden können. Immerhin wissen wir, daß jenes System, das sich schließlich aus einer geistigen Einstellung heraus, die blindesten Fehlbewertungen mit Ehrenhaftigkeit verwechselte, entschloß, das Spiel um die ohnehin verlorene Krone zwar nicht in „schimmernder Wehr“ aber in althergebrachtem Kommiss, „eingebend der Lorbeerreifer“ auszutragen, das System Franz Ferdinands war. Die Krise, die heute noch von ihm als dem Einzigen schwärmen, der Oesterreich retten konnte, glauben nichts anderes, als ein Testament zu erfüllen, als sie alles auf eine Karte setzten und gerade sie können es dem Erben Franz Ferdinands nicht verzeihen, daß er sich — ohnehin spät genug — zur Liquidation entschloß, statt dem Blutbad an den Fronten ein ebenso nutzloses in den Straßen von Wien folgen zu lassen. Jrgendwie aber klaffte ein Gegensatz zwischen dem Geist von Schönbrunn und jenem von Konopischt. Franz Ferdinand hätte diesen Krieg sicher auch begonnen, aber die Haltung, in der er ihn begonnen hätte, wäre nicht die Berchtholds gewesen, der an den Entscheidungskampfe herantrot wie an eine Tarockpartie. Es ist vielleicht nur eine Nuance, die das Oesterreichertum Franz Ferdinands von dem Franz Josephs scheidet, in den Folgen hätte man sie kaum gespürt. Es bleibt trotzdem interessant, sie historisch festzustellen. Franz Ferdinand war nicht Oesterreicher vom Schlage des Hofrates in Schnitzlers „Professor Bernhardt“, er war vielleicht überhaupt nicht Oesterreicher. In ihm lebte jene habsburgische Tradition fort, die mit Karl V. und Philipp II. beginnt. Persönliche Züge, sein Geiz, seine Sommerwut, seine bis zur Grausamkeit gesteigerte Hartnäckigkeit, erinnern ebenso an die Habsburger des 16. und 17.

Jahrhunderts wie sein konsequenter Meritismus. Karl der Letzte war auch sterikal, mit geringen Ausnahmen waren es alle Habsburger. Bei Franz Ferdinand aber war irgend etwas Impo- nierendes auch in seinem Katholizismus. Die Dimensionen einer Borniertheit, die sich weigerte, das Protektorat der Akademie der Wissenschaften zu übernehmen, weil ihr die ehrwürdige Versammlung harmloser Hofräte als Freimaurerkonzil erschienen. Sind so erschreckend groß, daß man an sie schließlich nicht mehr den Maßstab anlegen kann, mit dem wir die übrigen Betrüder auf dem Thron messen. Es ist eine Konsequenz in ihr, die Franz von Este neben den blutigen Schöpfer der spanischen Inquisition stellt. In den Werten des Erzherzog-Thronfolgers rollte mehr spanisches und italienisches Blut als deutsches. Er war immer ein Fremder in Wien. Die Enttäuschung einer Jugend, während der er die Rolle des bestgeachteten Mannes am Hofe spielen mußte, machte ihn zum Fronteier. Zunächst war er es passiv. Auch das, wie er den Keim der tödlichen Krankheit zu bezwingen suchte, wie er schließlich durch die bloße Tatsache seines Weiterlebens seinen Feinden eine Wiederlage bereitete, ist ganz althabsburgisch, ist spanische Tradition. Später wurde Franz Ferdinand tätiger Gegner aller Günstlinge von Schönbrunn. Sein Leben war ein jäher Kampf gegen das Oesterreich Franz Josephs. Er wollte aus dieser verschlammten Schlaffenmonarchie eine Despotie großem Stiles machen, er wollte das lachende Venetianertum dieses Oesterreich in unerbittliche Grausamkeit wandeln. Vielleicht ist dieser Kampf die eigentliche Ursache seines Todes geworden. Man behauptet, gewisse Kreise in Wien, vor allem aber in Pest, hätten ihn sehr gern in den sicheren Tod fahren lassen. Gabrielis Princip, der nicht das Großherbentum, sondern

nur dessen Führung durch die Familie Karageorgewitsch verteidigte, wurde zum Willensvollstrecker des magyarischen Adels und der Wiener Hofkamarilla. Der Bund „Tod und Einigung“, der Franz Ferdinand fällte, hat nur den Streich geführt, zur Nächst haben ihn andere geführt. Die Freude über seinen Tod war kaum verhohlen. Sang- und klanglos hat man den Gehaftten in die Gruft von Arjetien geschickt mit eben jener Gebärde echt österreicherischer Nonchalance, der sein tiefster Haß gegolten hat. „Begräbnis zweiter Klasse, da blieb mir was erspart“, wie Karl Kraus spottet. Und kaum hatte sich die Gruft über ihm geschlossen, da begannen sie sein Werk fortzuführen, jenen Krieg vorzubereiten, den er ja auch wollte, den er nur ganz anders wollte. Für die Völker Oesterreichs ist es gleichgültig, wer sie schließlich zur Schlachtbank führte. Die Geschichte interessiert das Wie des Geschehens. Franz Ferdinand wäre wahrscheinlich ebenso zum Brandstifter geworden wie Berchthold. Aber seiner Tat hätte die Großzügigkeit nicht gefehlt. Er hätte ganz bewußt die Fackel an das morsche Gebäude gelegt, getragen von jenem Fatalismus, der Karl V., Philipp II. und Ferdinand von Sicilien groß, blutig, hoffens- wert, aber nicht verächtlich gemacht hat. Berchthold und Stürggh haben mit dem Feuer gespielt, wie kleine Buben zündeln. Sie haben dem Verbrennen den blutigen Purpur seiner Größe abgeriffen und es in das Narrenzeigend der Wiener Beurteilung gesteckt. Franz Ferdinand war eine Macht. Hätte die Kugel Principis seinem Leben nicht ein Ende gemacht, wir hätten ihn bekämpft bis aufs Messer. Wir hätten an ihm einen Feind gefunden, der nicht so leicht zu schlagen war, wie der Oesterreichskaiser, der sein Erbe antrat. Und deshalb sehen wir in der

# Telegramme.

## Austritt eines Abgeordneten aus der kommunistischen Partei.

Er tritt der sozialdemokratischen Partei bei.  
München, 27. Juni. (Eigenbericht.) Der bisherige kommunistische bayerische Landtagsabgeordnete Enderle hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei und seinen Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei erklärt. Er begründete diesen Schritt in einem längeren Brief an die sozialdemokratische Fraktion, worin er betont, daß zahllose Führer der kommunistischen Partei mit der Schwärzung der Kommunisten nach links und mit den von ihnen jetzt verlangten Methoden der Sprengung und des Kadaverputschismus nicht einverstanden seien, aber nicht den Mut hätten, dieser ihrer inneren Meinung offen Ausdruck zu verleihen. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages wird dadurch 24 Mitglieder stark und die zweitstärkste Fraktion des Landtages. Sie wird deswegen dem Antrag auf Neuwahl des Landtagspräsidenten stellen, da ihr bisheriger Anspruch auf die Stelle des ersten Vizepräsidenten nicht berücksichtigt wurde.

## Die Frage der Militärkontrolle.

### Einspruch der Deutschnationalen.

Berlin, 27. Juni. (Eigenbericht.) Der Reichstag wird heute augenblickliche Tagung am morgigen Sonnabend schließen und erst wieder zusammentreten, wenn die Reichsregierung Mitte Juli die zur Durchführung des Sachverständigenratens notwendigen Gesetzentwürfe dem Reichstag zugeleitet hat. Ein Antrag der Deutschnationalen, die Sitzungen des Reichstages auszuweiden und insbesondere die schwebenden außenpolitischen Fragen, vor allem die Frage der Militärkontrolle zu verhandeln, ist im Reichstagsausschuß abgelehnt worden, da die Reichsregierung auf das energischste auf eine Verögerung des Reichstages bis zur Erledigung des Sachverständigenratens gedrungen hat.  
Die deutschnationalen Fraktionsführer sprachen heute vormittags beim Reichskanzler Doktor Marx vor, um ihm ihre Bedenken gegen die Annahme der Militärkontrollnote der Entente auszusprechen. Der Reichskanzler erklärte ihnen im Beisein des Reichswehrministers, daß nicht nur er und die Reichsregierung, sondern auch alle anderen in Betracht kommenden Stellen von der Notwendigkeit der Annahme der Militärkontrollnote unbedingt überzeugt seien. Die Deutschnationalen erwiderten, daß sie nach wie vor an ihrem Widerspruch gegen die Annahme der Kontrollnote festhalten und daß sie im Reichstag eine entsprechende Haltung einnehmen würden.

## Das Berliner Stadtparlament arbeitsunfähig.

Berlin, 27. Juni. Im Berliner Rathaus ist zwischen den bürgerlichen Parteien und dem sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Die bürgerlichen Parteien gaben gestern in der Stadtverordnetenversammlung eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie den Stadtverordnetenvorsteher wegen der Parteilichkeit beschuldigten und ihm als Nichtmann ansprachen. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, daß er sein Amt nicht niederlegen werde, weil er sich keinen Verstoß gegen die Geschäftsordnung habe zuschulden kommen lassen. Die bürgerlichen Parteien verließen darauf zum Proteste den Saal. Eine vorgenommene Zahlung der noch anwesenden Stadtverordneten ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde daraufhin aufgehoben. Eine auf heute Nachmittag angeordnete Sitzung der Stadtverordnetenversammlung dürfte das gleiche

Das Prinzip ein Schicksal, das kein Unglück war. Es hat uns, hat alle, die ein freies Oesterreich wollten, vor einem unendlich schweren Kampf bewahrt. Gerade wenn wir uns dessen bewußt sind, wächst die Persönlichkeit des Lehren, der die Mission des Hauses Oesterreich in sich trug, über die Maße dessen hinaus, was uns seine Erben boten. Es ist kein Zufall, daß die größten Feinde des alten Oesterreich gerade ihm ihre Sympathie schenkten. Es ist sicher nicht die Erinnerung an seine Slawenfeindschaft allein, die Teile des tschechischen Volkes bestimmt, sein Los zu beklagen, die auch Karl Kraus Anlaß gibt, in ihm eine Katastrophe zu sehen. Es ist das richtige Gefühl für die Gleichheit der Interessen der Aufsteiger und des letzten Anwalts Oesterreichs, der es lieber untergehen als so weiterleben lassen wollte und es ist jene Achtung vor dem konsequenten, harten und großen Feind, die man erst an seinem Grabe verstehen darf. Er wurde das erste Opfer des von ihm gewollten Kampfes. Mit seinem Tode begann er und hatte eigentlich schon geendet. Als die Macht über wenige Wochen nach Sarajewo das Schiff klar zum Gescheit melbete, war es führerlos und der Kampf war sinnlos geworden. Den letzten Bodensatz hatte man prunklos und still nach Arzlikien gebracht. Sein Begräbnis war der Anfang der größeren Totenfeier, die sich Oesterreich bereitet. Mit Katastrophenaßern, Prunk und Parrentänzen trat es seinen letzten Gang an und konnte sich nicht genug tun des Lächerlichen wie des Grauenshaften. Es hatte vor dem Kampf schon alles, auch das Bewußtsein, verloren, daß sein Lebenskampf nur noch eine Bestätigung war, daß es schon gestorben war an dem Tag, an dem sein letzter ungekrönter Herrscher fiel: Franz Ferdinand von Oesterreich.  
Emil Franzel.

# Gegen die Verletzungen des Achtstundentages in Deutschland.

Genf, 27. Juni. Die dreitägige Konferenz über den Achtstundentag des Arbeitsamtes Thomas abgeschlossen. Die Tatsachen internationaler Gefahr bilden. Er diese Mehrarbeit in anderen Ländern hervorarbeit immer Mehrprodukt formell der deutsche Regierungsvertreter bere als eine Angelegenheit der deutschen So daß Deutschland sich gegen eine jede neue für unentbehrlich, daß der Grund Voller die Garantien erhielten, daß es sich ta men handelt. Thomas verlas eine Stelle de recht bezeichnet wird, daß die Mitarbeiter im und auch höhere Gehälter an der deutschen R Förderung eines wirtschaftlichen würde aber gebrochen durch einseitige Beschlüsse. mahen zusammen: „Von irgendeinem autorita niemals die Rede gewesen, aber helfen Sie mit beunruhigten Staaten.“

Schicksal erleiden. Die Tagung des Berliner Stadtparlamentes wird wahrscheinlich so lange unmöglich gemacht werden, bis das Oberpräsidium oder als zweite Instanz das preussische Innenministerium sich zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung genötigt sieht.

## Die Regierungsbildung in Bayern.

München, 27. Juni. (Eigenbericht.) Nachdem am gestrigen Tage die deutschnationalen Fraktion des bayerischen Landtages an die bayerische Volkspartei in ultimativer Form die Forderung gestellt hatte, die Angriffe des „Bayerischen Kuriers“ gegen den deutschnationalen Justizminister Gürtner zurückzunehmen, mußte man annehmen, daß die bayerische Regierungsbildung gescheitert sei. Die bayerische Volkspartei hat durch den zum Ministerpräsidenten ausersehenen Abg. Dr. Held den Deutschnationalen mitgeteilt, daß sie keine Veranlassung habe, diese Angriffe zurückzunehmen, da sie nicht offiziell von der Fraktion ausgegangen seien. Wenn die Deutschnationalen nicht die Absicht hätten, sich an der Koalitionsregierung zu beteiligen, so müsse die Regierung in Bayern eben ohne die Deutschnationalen gebildet werden. Daraufhin hat die deutschnationalen Fraktion ihre ultimative Forderung fallen gelassen und die bayerische Regierungsbildung wird nun voraussichtlich endgültig zustande kommen. Für morgen, Sonnabend, ist eine Landtagsitzung mit der Tagesordnung: „Wahl des Ministerpräsidenten“ einberufen worden. Das Kabinett Held erhält damit folgendes Ansehen: Ministerpräsident und Innenminister Dr. Held, Kultusminister Max, Finanzminister Krausnech, Innenminister Stürzel, Sozialminister Mathes, sämtliche von der bayerischen Volkspartei, Justizminister Gürtner (deutschnational), Handelsminister von Reinel (parteilos), Landwirtschaftsminister Prof. Fehr (Bauernbund).

**Die tschechische Krone notiert in:**

Newport	100 Kr.	Dollar	2,95,50
Berlin	100 „	Schweiz. Franc	16,60,25
Wien	1 „	Markt	124,000,000,000,00
		Österr. Kronen	2,108'00

## Die Herren der Forste.

Die herrliche Zeit, wo die Fürsten, Grafen und Barone unumschränkte Herrscher waren über alles, was zu ihnen in Abhängigkeit stand, ist über. Nicht nur über ihren Besitz allein, sondern auch über Arbeiter und Beamte schlangen sie die Fuchtel ihrer Macht. Ungeheuren Reichtum erzielten sie aus den Forsten. Jene aber, deren Arbeit sie ihren Reichtum eigentlich verdanken, wurden mit einem Bittel von Lohn abgesspeist. Und diese edlen Herren haben wieder Sehnsucht nach dieser, für sie besonders schönen Zeit. Niemand störte sie in ihrem Tun und Lassen, denn sie waren allmächtig. Der Arbeiter hatte 14 bis 16 Stunden zu arbeiten, erhielt einen Taglohn von einer Krone bis eine Krone 60 Heller und war der größten Not und dem Elend preisgegeben. Die weil aber huldigte seine Durchlaucht dem Jagdvergnügen oder erholte sich in einem Bad. Alles Bitten der Unterdrückten und Ausgebeuteten um eine bescheidene Aufbesserung ihrer Hungerlöhne wurde abgewiesen. Da kann man schon ermessen, wach unermesslichen Gewinn die Forstbesitzer aus ihren Wäldern hatten. Abgeschlossen vom zusammenhängenden Siedlungsgebiete lebten die Holzknexle — wie man sie zu nennen pflegte. Nur ganz wenige Menschen wuchsen etwas vom Leben dieser Gebirgsbewohner. Selbst, zu bescheiden, erzählten sie niemandem ihr Elend. Und wenn sie sich schon einmal aufrafften und Schutz und Hilfe gegen allzu ungerichtfertige Schikanen suchten, so war es fast immer so, daß ihnen jene staatlichen Stellen, die sie darum angingen, diese nicht gewährten. Wie den auch, die Behörden sollten gegen die Stützen des Thrones vorgehen? Das war einfach nicht zu erwarten. Hier Herr, dort Knecht, so war der Geist der damaligen Zeit. Die ungekrönten Könige waren die Blutlanger des Volkes.  
Aber sie allein hätten all das nicht so meistern können, wenn sie nicht Helfershelfer gehabt hätten. Ihre treuesten Stützen waren ihre Beamten, aber auch der Klerus zählt dazu. In der Auslegung

der Internationalen Arbeitswurde heute mit einer längeren Rede des Direktors, die sich ausschließlich auf die Fragen des bezog. Thomas hob nachdrücklich und zuweilen er Mehrarbeit in Deutschland eine wies auf die Beunruhigung hin, die durch rufen wurde und bestritt, daß Mehr on bedente. Thomas gab zu, daß hrig sei, die Frage der Arbeitszeit iberänität zu betrachten. Er verstehe auch, Kontrolle wehre, aber er halte es von besonderen Vereinbarungen die anderen sächlich um vorübergehende Maßnah Sachverständigenratens, wo es als unge drittelten Beibehaltung durch höhere Anfosn onkurrenz behindert würden. Dies bedeute die Gleichgewichtes. Dieses Gleichgewicht Thomas sagt dann seine Darlegungen folgender iven Eingreifen in die deutsche Souveränität ist r die internationale Garantie zu finden für alle

der Lehren des Nazareners wendete man sich immer nur an die armen Teufel, die schon über genug bescheiden gewesen sind. Es wäre aber viel richtiger gewesen, den reichen Leuten beizubringen, daß sie trotz ihrer an den Tag gelegten Frömmigkeit durchaus nicht im Sinne der Lehre der Kirche handelten. Es ist auch heute darin noch nicht anders. Die Beamten fanden ebenfalls besonderes Wohlgefallen an der Schikanierung der Arbeiter. Als mildernd kommt hier der Zwang, unter den sie teilweise handelten, in Betracht. Der Milderungsgrund gilt aber nicht für die höheren Beamten. Gar oft kam es vor, daß so ein Angestellter sich als den Punkt betrachtete, um den sich alles zu drehen hat. Aus Unterwürfigkeit und Kriecherei waren gerade diese „Herren“ oftmals schärfer als nötig. Noch eine Reihe anderer Umstände ermöglichte es dem Großgrundbesitzer, seine Arbeiter als Menschen niederer Sorte zu behandeln.

Da kam der Krieg mit all seinen Schrecken. Die Nichtbesitzenden waren es, die an die Front mußten, um für Interessen der Besitzenden zu kämpfen. Da kamen die biedereren Gebirgsbewohner in die Schützengräben mit Arbeitern der Städte zusammen. Sie hörten, wie ganz anders es dort zugeht und erfuhren, daß, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, sie instand sind, ihre Existenz zu verbessern. Als dann infolge der Revolution auch ihre Befreiungsstunde schlug, da gingen die Heimkehrer daran, ihren anderen Kollegen zu erzählen, was sie erfahren hatten. Eine Welle der Begeisterung erfüllte sie nun und sie schlossen sich in ihrer Berufsorganisation zusammen. So, mit vereinter Kraft, gelang es ihnen, eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen. Die Waldarbeiter haben nun, daß es möglich ist, die Lebensbedingungen zu verbessern.

Als die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Staate schlechter wurden, litt darunter auch die Forstwirtschaft. Das war das Signal für die Forstbesitzer, den Arbeitern die Löhne zu kürzen und ihnen die sonstigen Ertragsgegenstände streitig zu machen. In zäher Abwehr mußte alles verteidigt werden. Infolge ungenügender Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung und der gegebenen Tatsachen glaubten manche, daß nun die Organisation nicht nötig ist. Die Sorge um Arbeit trug dazu bei, daß sich die Arbeiter nicht getrauten, das zu verlangen, was ihr Recht war, um nirgends anzustößen. Aber auch die Dienstbesitzenden der Großgrundbesitzer, die Angestellten, traten wieder mehr oder weniger in ihrer alten Rolle auf. Der reaktionäre Wind ließ ihre Hoffnungen steigen. Man kann nicht sagen, daß sie die Zeit ungenützt vorübergehen ließen. Man merkt bei allen Verhandlungen, daß man bemüht ist, die Existenz der Arbeiter zu verschlechtern. Am liebsten verhandeln die Forstverwaltungen überhaupt nicht. Und um die Arbeiter einzuschüchtern, wird, wenn Verhandlungen verlangt werden, gleich mitgeteilt, daß man ja auf maßlosem Wege die Arbeit machen könnte. Aber nur ja nicht so viel den Arbeitern zahlen, daß sie ihre Auskommen finden. Davon will z. B. der Forstmeister Fitzinger nichts wissen. Wer nicht damit einverstanden ist, was er diktiert, der kann sogar die Arbeit verlassen. Und da sagen die bösen Arbeiter noch, daß der Herr Forstmeister ein herzloser Mensch sei. Ja, wenn man sein sicheres Einkommen hat, so kann man leicht auf hohe Noß steigen. Die Hilfe der Arbeiter rufen sie nur dann an, wenns ihnen an den Kragen geht.

Die Forstbesitzer lamentieren genau so gut, wie alle anderen Unternehmer, und wenn man ihnen glauben soll, so müßten sie schon am Bettelstabe sein. Aber man merkt von all ihrer schlechten Lage gar nichts. Nun, der Forstarbeiter wäre froh, so viel zu verdienen, wie der Herr Forstbesitzer. Der Wandel der Zeit ist spurlos an dieser Menschenschicht vorübergegangen.  
Die Arbeiter müssen Mut und Ausdauer haben, um sich die Rechte zu erringen, die nötig sind, um tatsächlich als freie Menschen leben zu können. Es wird noch eine Zeit dauern, ehe den Herren der Forste beigebracht ist, daß auch der Arbeiter nicht nur Objekt ist, sondern ein Faktor, der das Recht für sich in Anspruch nimmt, bei Fragen, die keine Interessen berühren, mitzubestimmen. Die Herren und ihre Lakaien mögen noch so viele Hindernisse aufbauen, diese werden mit der Zeit niedergebissen werden. Den Fortschritt der Zeit sind sie nicht instand aufzuhalten.

Es kommt der Tag, wo nicht mehr nur ein paar Dugend Leute Besitzer der Wälder und ihrer Schönheiten sind, sondern diese Allgemeingut der Gesellschaft sein werden. In der Zwischenzeit aber geht der Kampf der Forstarbeiter um ihre Rechte weiter.

## Zum Karlsbader Bundes-Turnfest.

### Unsere Verhandlungen mit dem Bundesvorstand.

In Befolgung des Beschlusses der letzten Sitzung des Parteivorstandes hat sich das Präsidium der Partei mit dem Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes in Verbindung gesetzt und demselben die Bedenken gegen die in der letzten Bundesvorstandssitzung gefaßten Beschlüsse mitgeteilt. Das Ergebnis dieser Rücksprache liegt in dem an anderer Stelle veröffentlichten Aufrufe vor.

Durch denselben ist festgestellt, daß die Luzerner Arbeiter-Internationale und die ihr angeschlossenen Verbände zur Gänze, von der Roten Sportinternationale und dem Verbands der russischen Arbeiter-sportler jedoch nur Vertretungen eingeladen sind. Weiters wurde die den Tatsachen widersprechende Gleichstellung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei bezüglich ihrer Stellung zum Bundesturnfest beseitigt.

Endlich wurde festgestellt, daß jede politische Agitation am Bundesturnfest seitens der politischen Parteien, insbesondere der kommunistischen Partei absolut unterlagert ist und daß für die Einhaltung dieses Beschlusses seitens der Kommunisten durch den Bundesvorstand Vorkehrungen getroffen werden.

Der vom Parteivorstand zum letzten Beschlusse des Bundesvorstandes eingenommene Standpunkt deckt sich mit der Willensmeinung der sozialdemokratischen Turne, was sich aus zahlreichen Zuschriften und insbesondere aus dem Beschlusse der außerordentlichen Konferenz des zweiten Turnkreises in Brünn vom 19. Juni 1924 ergibt, welcher lautet:

Die Kreiskonferenz nimmt den Bericht des Genossen Reich zur Kenntnis. Die Kreiskonferenz bedauert es auf das lebhafteste, daß der Beschluß der Bundesleitung der sozialdemokratischen Partei, mit der wir uns eins fühlen und für die zu arbeiten wir als unsere Lebensaufgabe betrachten, Anlaß zu einer Stellungnahme gegeben hat. Die Kreiskonferenz macht es allen Genossen zur gebieterischen Pflicht, unbefürwortet um alle Vorkommnisse mit erhöhter Kraft für das Bestehen des Bundesturnfestes und für die wirksamste Vertretung unseres Kreises einzutreten.

### Der Parteivorstand fordert nunmehr neuerlich alle Parteimitglieder zur zahlreichsten Beteiligung und werktätigsten Unterstützung des Bundesturnfestes auf.

Der Bundesvorstand hat in der Sitzung am 21. Juni der vom Gen. Müller verfaßten Erklärung in den Arbeiterblättern nicht vollinhaltlich zugestimmt und folgenden Aufruf beschlossen:

## An die Arbeiterturnerschaft.

Die am 16. Juni l. J. in Ausfüllung stattgefundene Sitzung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes und der Kreisvertreter besaß sich eingehend mit den in der letzten Zeit entstandenen Konflikten innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, welche in der Frage der Teilnahme der verschiedenen Sportverbände am ersten Bundesturnfest in Karlsbad entstanden waren.

Trotzdem die Situation eine äußerst schwierige war, trotzdem im Laufe der Beratungen sich äußerst kritische Momente ergaben, war es doch möglich, zu einem Resultat zu gelangen, welches die drohende Gefahr einer Spaltung des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes beseitigt.

Die Einladungsfrage wurde wie folgt geregelt:

Die Luzerner Arbeiter-Sportinternationale und die ihr angeschlossenen Verbände sind einzuladen.

Eine Vertretung der Roten Sportinternationale und des Verbandes der russischen Arbeitersportler ist einzuladen.

Von einer Einladung der tschechischen Föderation F. T. D. J. wurde Abstand genommen.

Weiters wurde beschlossen, die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und die kommunistische Partei offiziell zum Bundesturnfest einzuladen; die sozialdemokratische Partei zu erfragen, auch weiterhin wie bisher zum Gelingen des Bundesturnfestes beizutragen, die kommunistische Partei zu ersuchen, ihre Haltung der neuen Sachlage anzupassen.

Auf Grund der obenangeführten Beschlüsse, die nach langer Beratung gefaßt wurden, was es möglich, ein Uebereinkommen zu erzielen.

Die Vertreter des 4. und 1. Kreises erklärten nun mit aller Kraft für die Beteiligung ihrer Kreise am ersten Bundesturnfest zu wirken.

Der Bundesvorstand richtet an die Arbeiter-Schaft beider sozialistischen Parteien den Appell, den vereinten Aufmarsch der Arbeiterturnerschaft mit allen Mitteln zu unterstützen, in Massen an dem Fest teilzunehmen, damit das erste Bundesturnfest eine gewaltige Manifestation des gesamten Proletariats für die Körperkultur der Arbeiterschaft werde.

Mit Frei Heil!  
Der Bundesvorstand.

## Der internationale Arbeiterschut. Erfolge der internationalen Arbeiterorganisation.

Gegenwärtig tagt in Genf die sechste internationale Arbeitskonferenz, die am 16. Juni zusammengetreten ist, und deren Beratungen etwa drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen werden. Dies bietet uns den Anlaß, um unsere Leser mit der bisherigen Tätigkeit des internationalen Arbeiterschuttes bekannt zu machen. Wer sich hierfür näher interessiert, sei auf das Büchlein von S. Fehlinger, „Erfolge der internationalen Arbeiterorganisation“, Dietrichsche Verlagshandlung, Leipzig, 1924, aufmerksam gemacht.

Dass der Arbeiterschut nicht Sache eines Landes ist, sondern nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn er international erfolgt, ist für den Gewerkschafter eine selbstverständliche Erkenntnis. Der Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz auf dem Weltmarkt würde sonst die sozialpolitisch vorgeschrittenen Gemeinwesen in Nachteil gegenüber den sozialpolitisch rückständigen setzen und so gerade die Errungenschaften der Arbeiterschaft in jenen Ländern gefährden, wo die Gewerkschaftsbewegung am stärksten ist, ihre Erfolge am größten sind. Deswegen machen sich schon vor dem Kriege Bestrebungen geltend, gewisse sozialpolitische Errungenschaften international festzusetzen und in Bern kam es im Jahre 1908 zu zwei Vereinbarungen über das Verbot der Verwendung von weissem Phosphor in der Zündhütchenfabrikation und das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen.

Erst nach dem Kriege wurde jedoch eine große internationale Institution gegründet, welche dazu dienen soll, den sozialpolitischen Fortschritt den Arbeitern aller Länder zugute kommen zu lassen. Durch die Friedensverträge von 1919 ist die internationale Arbeitsorganisation geschaffen worden, deren Organe die mindestens jährlich einmal stattfindenden internationalen Arbeitskonferenzen sowie das internationale Arbeitsamt ist, welches letzteres sich am Sitz des Völkerbundes (derzeit in Genf) befindet. Die internationalen Arbeitskonferenzen können den Regierungen der angeschlossenen Staaten 1. Entwürfe für internationale Übereinkommen vorschlagen, die durch Ratifikationen innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes bindende Kraft erlangen, oder 2. Vorschläge für die Staatsgesetzgebung. Beschlüsse der Konferenzen über Arbeiterschutmaßnahmen, die den Staaten zur Durchführung vorgeschlagen werden sollen, müssen mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden.

Bisher fanden vier internationale Arbeitskonferenzen statt, und zwar 1919 in Washington, 1920 in Genf, 1921, 1922 und 1923 in Genf. Auf diesen Konferenzen wurden insgesamt 16 Entwürfe internationaler Übereinkommen und 20 Vorschläge beschlossen. Bis Dezember 1923 wurden 91 Fälle von Ratifikationen internationaler Übereinkommen beim Völkerbund eingetragen.

Auf der Konferenz von Washington 1919 ist der wichtigste Beschluss, der über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben, die 48 Stunden betragen soll, gefasst worden. Dieser Entwurf ist unter anderem von der Tschechoslowakei ratifiziert. Ein weiterer Beschluss betrifft die Mitteilung von statistischem Material über die Arbeitslosigkeit, die Einrichtung unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweise und der Abschluss von Gleichbehandlungsverträgen zwischen Mitgliedsstaaten, die eine Arbeitslosenversicherung besitzen.

## Gewerkschaftliche Hochschule und gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Der „Internationale Metallarbeiter“ hat mit seinem Vorschlag auf Errichtung einer deutschen gewerkschaftlichen Hochschule in unserem Lande eine hochwichtige Frage angeschnitten, die alle Gewerkschafter unverzüglich zu einer Diskussion herausfordert. Der Vorschlag ist umso beachtenswerter, als er besonders die finanzielle Seite ziemlich eingehend behandelt. Ueber die Notwendigkeit einer solchen gewerkschaftlichen Hochschule dürften wohl keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Tatsache, daß der Vorschlag von Seite des Metallarbeiterverbandes stammt, also gerade von jenem Verbände, der um ein schönes Stück gewerkschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit mehr geleistet hat, als andere Verbände, kann allein schon als ein Beweis dafür angesehen werden, daß alle unsere bisherige Bildungsarbeit eine vollständig ungenügende war, und daß wir neue Wege in dieser Richtung einschlagen müssen.

Die freien Gewerkschaften sind heute mehr denn je „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“ und „die Schulen für den Sozialismus“. Durch den großen Mitgliederzuwachs und den organisatorischen Ausbau haben sie nicht

Diese Entwürfe sind von der Tschechoslowakei noch nicht ratifiziert, ihre Ratifizierung wäre zu fordern. Den Schut der arbeitenden Frauen und Kinder behandeln vier Entwürfe, zwei davon, der über den Schut der Schwangeren und Wöchnerinnen sowie die gewerbliche Nachtarbeit der Jugendlichen sind von der Tschechoslowakei ratifiziert, zwei, und zwar über die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen und das Mindestalter für gewerbliche Kinderarbeit noch nicht.

Die Konferenz von Genf 1920 galt nur Fragen des Arbeiterschut in der Seeschifffahrt. Die drei Übereinkommen betreffen das Mindestalter für die Beschäftigung zur See, die Gewährung von Entschädigung für die Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch und die Stellenvermittlung für Seeleute. An diesen Entwürfen ist die Tschechoslowakei weniger interessiert.

Die Arbeitskonferenz von Genf 1921 behandelte vorwiegend Fragen des landwirtschaftlichen Arbeiterschut. Die Tschechoslowakei hat die Übereinkommen betreffend das Mindestalter für die Beschäftigung in der Landwirtschaft und das Koalitionsrecht der Landarbeiter ratifiziert.

Die vierte internationale Arbeitskonferenz, die in Genf im Jahre 1922 tagte, hat sich nur mit der Wanderungsstatistik befaßt. — Die fünfte Konferenz, die 1923 stattgefunden hat, behandelte die Frage der Arbeitsaufsicht. Die sechste internationale Konferenz findet, wie wir bereits geschrieben haben, gerade statt, sie befaßt sich mit der Frage der Nutzung der Freizeit der Arbeiter, dem Problem der gleichen Behandlung der ausländischen und einheimischen Arbeiter in der Entschädigung von Betriebsunfällen, die 24stündige wöchentliche Ruhezeit in Glashütten mit Wannenöfen und mit der Regelung der Nachtarbeit im Wägereigewerbe.

Außerdem hat das internationale Arbeitsamt eine ganze Reihe wertvoller wissenschaftlicher Arbeiten geleistet. Es sind da zu nennen eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit, worin der Einfluß der Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege auf die Arbeitslosigkeit untersucht wird, eine sehr gründliche Produktions-erhebung, von der der erste Band sechsen erschienen ist und der sich mit der weltwirtschaftlichen Lage befaßt, eine vortreffliche Arbeit über den Gesundheitschut der Arbeiter, ein Spezialbericht über die Mißbrandfrage (dem Mißbrand sind Arbeiter ausgelegt, die sich mit infizierten tierischen Rohstoffen befaßen), sowie drei Publikationen über Wirtschaft und Sozialpolitik in Sowjetrußland. Außerdem veröffentlichte das internationale Arbeitsamt die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze der verschiedenen Staaten, dem gleichen Zweck der Information dient die Sammlung und Weitergabe von Nachrichten, welche auf die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse Bezug haben. Das internationale Arbeitsamt wird in immer stärkerem Maße von den Regierungen aller Staaten als Informationsorgan benutzt. Das Amt gibt auch die Monatschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“ sowie ein Jahrbuch des internationalen Arbeitsamtes heraus.

So hat in den fünf Jahren, seitdem es besteht, das internationale Arbeitsamt bedeutendes geleistet und wenn es auch die Ratifikation der über seine Initiative von den internationalen Arbeitskonferenzen beschlossenen Gesetzentwürfe nicht in allen Staaten erreicht hat, so ist die internationale Arbeitsorganisation der Anfang zu einer Institution, deren Wert mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung in allen Ländern immer mehr steigen muß.

nur in Betrieb und Wirtschaft, sondern auch auf die Politik und Gesetzgebung im Staate Einfluß erlangt, sind sie zu wirtschaftlichen und politischen Machtfaktoren geworden. Das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften ist heute ein bedeutend größeres als vor dem Kriege und die Aufgaben der Vertrauensmänner sind heute viel schwieriger und nicht mehr zu vergleichen mit den Aufgaben von früher. Waren früher hauptsächlich agitatorische und organisatorische Kenntnisse notwendig, so heißt es heute mit einer beschränkten Unternehmertum schwierige Verhandlungen führen, in der Betriebsratsbewegung, in verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen tätig sein und eine ganze Reihe von Gesetzen kennen und auslegen, heißt es in Fragen der Produktion, der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der engeren Betriebsführung, der Statistik und in noch anderen Bescheid wissen. Die Zeit, wo der Gewerkschaftsmann nur kräftiger konnte, ist vorbei, heute, muß er Vorschläge machen, wie eine Sache besser zu machen ist — und da heißt es Kenntnisse haben.

Die Unternehmer oder deren Vertreter haben es leicht. Sie besitzen nicht nur eine gründliche Schulbildung, sondern sind durch ihre Praxis auch sachlich mit allen komplizierten Fragen der Wirtschaft und der Produktion viel besser vertraut als der Arbeiter. Die Unternehmer bringen sich ihre Anwälte mit, die ihnen das, was sie selber nicht wissen in die Ohren flüsteren und ha-

ben das Geld, um sich von ihnen wissenschaftliche Gutachten anfertigen zu lassen. Die Unternehmer kaufen sich ihre Wissenschaftler, Nationalökonom, Juristen u. a., der Gewerkschaftsmann wird direkt aus der Fabrik, aus der Grube oder Werkstatt geholt und muß sich nun mit diesen beschränkten kapitalistischen Interessenvertretern an den Verhandlungstisch setzen. Dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann stehen weder Anwälte noch wissenschaftliche Gutachten zur Verfügung und da es ihm selbst meist auch an der gründlichen Schulbildung fehlt, kann er sich oft nur stützen auf seine Erfahrungen und auf sein proletarisches Gefühl.

Wo soll auch der Gewerkschafter die Kenntnisse hernehmen? Als Kind proletarischer Eltern stand ihm nur die Volksschule, höchstens die Bürgerschule offen. Unter allen unseren Gewerkschaftsführern dürfte es kaum einen geben, der das besondere Glück hatte, eine höhere Schule zu besuchen. Aus der sterikal-moralistisch-nationalistischen Volksschule entlassen, führte der Weg meist sofort in die Fabrik oder Werkstatt, was zunächst gewöhnlich den Abschluß der geistigen Weiterbildung bedeutete. Erst einige Jahre später, auf Anregung der Organisation, begannen dann die Genossen neuerdings mit dem Lernen, mit dem so schweren, langwierigen und gesundheitsverzehrenden Selbststudium. Die wenigen freien Stunden, die Sonntag, ja die Nächte mußten jetzt zum Lesen und Lernen verwendet werden, ein vielfaches an Kraft, Zeit und Geduld war erforderlich, um sich nur die allernotwendigsten Wissenschaften anzueignen. Hätte aber mancher von den Genossen, die sich durch übermenschliche Anstrengungen mühselig selbst emporgearbeitet haben nur durch ein oder zwei Jahre hindurch eine höhere Schule (Arbeiterhochschule?) besuchen können, was wäre das für ein ungeheurer Vorteil und Fortschritt für ihn und für die ganze Bewegung gewesen.

Trotz aller Bildungsschwierigkeiten und Aufzählungshindernisse hatte es die ältere Generation der Gewerkschaftsvertrauensmänner doch noch leichter gehabt als die jüngere, da sie im Laufe der Zeit in ihren, sich ständig erweiterten Aufgabenkreis, zum Teil von selbst hineingewachsen sind, während sich die jüngeren Genossen erst geistig hineinarbeiten mußten, ohne daß sie eine Lehrzeit hätten durchmachen können. Die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen u. a. Probleme sind heute jedoch so vielgestaltig, die Dinge in fortwährender Wandlung begriffen und die Zeit so schnelllebig, daß man bei der jüngeren Vertrauensmännergeneration nicht warten kann, bis sie in ihren verantwortungsvollen Aufgabenkreis hineingewachsen ist, sondern man muß sie schon heute durch ausreichende Schulung darauf vorbereiten.

Systematische Schulung des Führernachwuchses und des Vertrauensmännerpersonals ist heute für die Gewerkschaftsbewegung dringendes Forderung. Die Gewerkschaftsbewegung kann sich heute nicht mehr auf Autodidakten, d. h. auf die paar Genossen und Genossinnen verlassen, die sich aus eigenem Antrieb und durch das Buch langsam emporarbeiten, wenn sie für die vielen großen und neuen Aufgaben über eine halbwegs genügende Anzahl geeigneter Personen verfügen will, so muß sie zur ständigen und planmäßigen Schulung greifen. Wir haben diese Notwendigkeiten bisher am eigenen Organisationskörper deutlich genug empfunden. Aber auch wenn das nicht der Fall war, würde sie uns die Einsicht und Bedachtsamkeit mit der kapitalistische Klasse für die Ausbildung ihres Nachwuchses sorgfältig, tagtäglich zum Bewußtsein bringen.

Das was bisher von den Gewerkschaften der vorwärtsstrebenden jüngeren Generation an Schulungsmöglichkeiten geboten wurde, war tatsächlich nicht viel mehr, als ein Tropfen auf einen heißen Stein: Zwei Kurse (genannt Schulen für „Betriebsrätelehrer“, einige Sonntags- und Abendkurse für Betriebsräte, hier und da einen Vortrag, das ist alles. Die Kurse waren noch dazu Schnelllebenskurse, wie sie der „Metallarbeiter“ nennt, bei denen nicht sehr viel „hängen geblieben“ ist.

Unsere ganze gewerkschaftliche Schulungs- und Bildungsarbeit kam eben immer nur einem brennendem Augenblicksbedürfnis entgegen. Ohne durchdachten Plan und ohne jedes System wurde einmal von der Zentralgewerkschaftskommission, das anderemal von den Verbänden oder Kreisgewerkschaftskommissionen „etwas“ veranstaltet. Gewiß, diese Veranstaltungen waren nicht wertlos, sie sind aber für die gewerkschaftlichen Bedürfnisse der heutigen Zeit und der nächsten Zukunft vollständig ungenügend gewesen. Die gewerkschaftlich-wirtschaftliche Schulungs- und Erziehungsarbeit muß heute eher und mehr noch als die politische und genossenschaftliche planmäßig und mit Methode, von einer Zentralstelle aus und mit bestimmten Zielen geleistet werden.

Die Gewerkschaftshochschule (oder Gewerkschaftsalademie) wäre wohl die geeignetste Stätte hierzu. Eine solche Schule könnte sowohl die Ausbildung der zukünftigen Gewerkschaftsführer befragen als auch die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Bildungszentrale erledigen. Was eine solche Gewerkschaftshochschule an gewerkschaftlicher Schulungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit alles leisten könnte, ist gar nicht auszusprechen. Sie würde nicht nur die Gewerkschaftsbewegung, sondern

die gesamte Arbeiterbewegung ungemein befruchten und für alle einen Segen bedeuten.

Ob wir eine Gewerkschaftshochschule gegenwärtig schon benötigen, kann also nur mit einem kräftigen „Ja“ beantwortet werden. Es besteht ganz bestimmt ein starkes Bedürfnis darnach. Die Lehrkräfte wären nicht schwer zu gewinnen, vorgebildete Schüler sind in genügender Anzahl vorhanden, die erforderlichen finanziellen Mittel wären, wie der „Metallarbeiter“ aufgezeigt hat, ebenfalls nicht schwer aufzubringen, so daß der Verwirklichung des schönen Planes eigentlich nichts im Wege stünde.

Indes dürfte die Sache doch nicht ganz so einfach sein, als wie sie uns optimistischen Genossen erscheint. Nicht daß etwa die Geldbörse nicht aufzubringen wären, was der Verwirklichung des Planes hindernd im Wege steht, das ist die mangelhafte Erkenntnis des ganzen Bildungsproblems bei den Genossen, das ist der Armergeist, der in dieser Beziehung bei uns vielfach noch anzutreffen ist. Die Tatsache, daß so wenig Schulungsmöglichkeiten geschaffen wurden, aber auch die Tatsache, daß jene Bildungsmöglichkeiten, die unseren Gewerkschaften von anderer Seite eröffnet, aber nicht ausgenutzt worden sind, bestätigt dies. So wurde z. B. die Einladung der Frankfurter Arbeiterakademie auf Entsendung einiger Schüler von unseren Gewerkschaften abgelehnt, obwohl die Kosten durch die damalige Inflation keine zu hohen gewesen wären. Die Erfahrungen geben also eher zur Skepsis als zum Optimismus Anlaß. Trotzdem wollen wir hoffen, daß sich viele Hände für das Werk rühren werden und daß die Schaffung einer Gewerkschaftshochschule allen Hindernissen zum Trotz bald gelingen möge.

Karl Schmidt (Zürn).

**Kinder-Auswanderung.** In Kanada wird zur Zeit der Frage der Einwanderung von Kindern große Aufmerksamkeit geschenkt. Vor einigen Jahren ist eine Verordnung betreffend die vorübergehende Annahme von Kindern zwischen 7 und 14 Jahren beschworien worden und es wurde auch in der Tat eine gewisse Anzahl Kinder von Waisenhäusern in Großbritannien nach Kanada überführt. Abgesehen von dieser außerordentlichen Maßnahme haben große Waisenhäuser, wie z. B. die „Dr. Bernardo Homes“ die Gepflogenheit, regelmäßig zahlreiche ihrer Knaben und Mädchen nach Abolvierung der Elementarschule zur Auswanderung zu bestimmen. Diese Methode wird von zwei Gesichtspunkten aus kritisiert. Erstens stellt sich die Frage des Loses der Kinder unmittelbar nach ihrer Ankunft, zweitens geben die Feststellungen unterforschender Ärzte sowie der Behörden betreffend die körperliche, geistige und moralische Verfassung der eingewanderten Kinder zu Bedenken Anlaß. Aus diesbezüglichen Angaben geht hervor, daß ein sehr großer Prozentsatz dieser Kinder in Spitälern, Sanatorien usw. sowie in Gefängnissen endet. Viele der in öffentlichen Anstalten zur Welt kommenden Kinder sind solche junger Mädchen, die von irgendeiner Auswanderungsagentur nach Kanada überführt worden sind. Die britische Regierung hat nun eine Untersuchungskommission ernannt, die eine Studienreise nach Kanada unternehmen wird. Es gehört ihr u. a. auch Margaret Bonfield an.

**Der große Streik im ungarischen Bergbau** wurde vor kurzem beendet. 30.000 streikende Bergarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Fünf Wochen lang haben 70 Prozent der ungarischen Bergwerke stillgelegen. Es gingen 900.000 Arbeitstage verloren und der Produktionsausfall war nicht geringer als 3,5 Millionen Doppelzentner. Der Lohnausfall der Bergarbeiter während des Streiks betrug 36 Milliarden Kronen, während die Bergwerke selber einen Verlust von 110 Milliarden Kronen hatten. Die Bergarbeiter haben ihre Forderungen zum großen Teile durchgesetzt. Infolge der ungenügenden Wirtschaftslage Ungarns wird dort in diesem Jahr mehr Kohle erzeugt, als die Industrie zu verbrauchen vermag.

## Literatur.

**Leben und Gesundheit.** Unter diesem Titel gibt das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden eine gemeinverständliche Schriftenreihe heraus, deren erster Band „Arbeits-hygiene, Arbeiterschut“ heißt, von Adolf Thiele verfaßt und im Deutschen Verlag für Volkswohlfahrt, Dresden verlegt ist. Das vorliegende Bändchen ist ganz ausgezeichnet. Es umfaßt die gesetzlichen Grundlagen des Arbeiterschut, die körperliche Leistungsfähigkeit während eines Arbeitstages, die Eignung für den Beruf und ihre Feststellung, Unfallhäufigkeit und Unfallverhütung, die Körperhaltung bei der Berufsarbeit und ihre Folgen, die Schädigungen des Körpers durch gewerblichen Staub, die Bekämpfung des Staubes in den gewerblichen Betrieben, gewerbliche Gifte, Schädigung von Auge und Ohr durch die Berufsarbeit, Ansteking im Beruf (Wurmkrankheit, Mißbrand, Tuberkulose, Syphilis), sowie Schädigungen durch Elektrizität. Man sieht also, daß die vorliegende Broschüre ungemein reichhaltig und vielseitig ist. Was sie aber besonders wertvoll macht, sind die wunderbaren Bilder, die beigegeben sind und deren Propagandawirkung sehr groß ist. Allen, die sich für Sozialpolitik und insbesondere Sozialhygiene interessieren, sei das Büchlein anempfohlen. E. St.

# Tages-Neuigkeiten.

## Vor zehn Jahren.

Der 28. Juni 1914, der sich heute zum zehntennmal jährt, war ein sonderbarer Sommer Sonntag. Tausende von Arbeitern und Angehörigen hatten an diesem Tage die drückende Schwüle ihrer Wohnungen verlassen, um draußen in den Wäldern oder in den Flüssen den Ruhetag geistig zu nützen. Niemand ahnte, daß drüben in Bosniens Hauptstadt an diesem Tage der Funke in das schon lange vorbereitete Pulverfaß geworfen werde, damit sich daran der Weltbrand des Völkermordens entzünde.

Wer heute einen Blick in die Zeitungen wirft, die das Datum des 28. Juni 1914 tragen, wird es verstehen, warum die Journalisten der Bourgeoisie von den Mittagsstunden dieses Tages an so schlagfertig daftand: Seit Monaten und vielleicht seit Jahren schon hatte sie keine Gelegenheit mehr gehabt, ihre „Daseinsberechtigung“ so augenfällig zu beweisen. Sie mußte sich stets nur darauf beschränken, „Vermutungen“ anzustellen und „Kombinationen“ auszuarbeiten. Mit einem Schläge war sie nun — die Schiffe von Sarajewo waren noch kaum verhallt — aller dieser Sorgen ledig: Jetzt galt es, die Menge so zu bearbeiten und im Sinne des „gefährdeten“ Ansehens des „Vaterlandes“ zu einem jeden vernünftigen Gedanken ignorierenden Patriotismus aufzufahren, daß die „lieben Völker“ der Donaumonarchie ja nicht davon merkten, wie ihnen die Notwendigkeit eines Krieges nur eingeredet wurde.

In den Nachmittagsstunden des 28. Juni 1914 erschienen die ersten „Extra-Ausgaben“. Zu zehntausenden wurden sie in die Straßen geworfen. Das Geschäft blühte, in den Druckereien gab's Affordarheit.

Zeit und ausdrücklich groß leuchteten die Buchstaben auf den Zeitungsblättern: „Der Thronfolger und seine Gemahlin ermordet. — Zwei Attentate. — Durch Revolvergeschüsse getötet. — Die Täter verhaftet.“

### Und dann der ausführliche Bericht:

**Sarajewo, 28. Juni.** ... heute vormittags ... in das Rathaus begab, ... Bombe geschleudert, die der Erzherzog mit dem Arme zurückstieß. ... explodierte, ... Automobil schon vorbei war.

### Und dann in noch fetteren Lettern:

Ein Gymnasiast der 8. Klasse namens Prinzipp aus Gradowo feuerte ... mehrere Schüsse ab. Der Erzherzog wurde ins Gesicht, die Frau Erzherzogin v. Hohenberg durch einen Schuß in den Unterleib verletzt. ... in den Kanal überführt ... den Verletzungen erliegen.

### Und jetzt:

... Die erbitterte Menge hat die Attentäter nahezu geküßt.

Die Balkanaten murrten den Befehl. Und lasen dann weiter:

**Bad Ischl, 28. Juni.** Der Kaiser ... zog sich tief erschüttert ... zurück und befohl, ... Rückreise nach Schönbrunn zu treffen.

Ja, ja, der alte Herr in Ischl, der im Sommer immer auf die Gensersjagd ging und sich dabei zur Befestigung seiner ungetroffenen Müdigkeit im Steirerhütli photographieren ließ, war dessen gewiß, daß die Bestürzung und Teilnahme der Bevölkerung jetzt nur ihm galt, denn:

... Bis spät abends umhantelten Hunderte von Menschen den Eingang zum Park der Kaiservilla und besprachen in größter Erregung den schweren Schicksalsschlag, der den Kaiser und das gesamte Kaiserhaus betroffen hat.

Da konnte es nicht verfehlen, daß dann in Artikeln der bürgerlichen Presse noch festgestellt wurde:

„Vom ersten, jähen Entsetzen über diese grausame Wut des blinden Schicksals entlassen, wendet sich der Gedanke dem großen Monarchen zu, der an Bitterkeit und Unglück verfallen muß, was sonst kaum einem Menschen geschehen ist. Jünger als je, mit zitternder Ehrfurcht blickt jetzt die Liebe der Oesterreicher zu dem einen erhabenen Menschen auf, der allein noch die Größe, die Würde, die moralische Macht dieses Reiches repräsentiert. Mehr als je ist jetzt sein Leben der Hort für unser aller Schicksal.“

Die „zitternde Ehrfurcht“ offenbarte sich auch allseitig. Nur einige Beispiele: Das Sokol-Fest in Brünn wurde abgebrochen. Der Obmann der Brüner Sokolen erschien beim mahrischen Statthalter — der Dr. Bergrin Fiska ging zum Freiherrn v. Bieleben — um den Gefühls tiefinnigster Teilnahme der Sokolen anlässlich des schicksalwürdigen Attentats Ausdruck zu geben. — Der böhmische Landtag hielt eine Trauerfeier ab. — In Wien herrschte größte Bestürzung. — „Die gesamte Bevölkerung der königlichen Hauptstadt Prag und die ganzböhmische Nation sind niedergeschmettert“, so hieß es in der Kundgebung der Prager Stadtverordneten, und der Prager Bürgermeister gestattete sich daher „an den Stufen des allerhöchsten Thrones die innigste, ergebene Kundgebung des tiefsten Weileids niederzulegen.“ — Und so fort: eine Trauerkundgebung nach der andern, die alle von der bürgerlichen Presse gewissenhaft abgedruckt und mit Kommentaren versehen wurden. Am Montag, den 29. Juni 1914, wollten die Extraausgaben kein Ende nehmen. Nur vier

Seller das Stück! Auf der ersten Seite das „Neueste aus Sarajewo“, und rückwärts, ganz verkehrt, so als gehöre das nicht hieher, die Meldung über das Verhalten der Börse. So da, wußte man noch nichts Bestimmtes, man vermied jede bestimmte Stellungnahme.“

Erst in den nächsten Tagen begannen auch die Blätter eine bestimmte Stellungnahme einzunehmen. Nachdem die Bevölkerung aus ihrer Gleichgültigkeit gegen das Schicksal eines verhassten Herrschergeschlechtes aufgerüttelt war, galt es, die wachsenden Stimmen der Vernünftigen durch Nachgeschrei zu überbrüllen. „Serbien als Herd der Verschönerung“, die Folgen des Verbrechens beginnen nun, sich gegen die Verbrecher zu kehren.“ Und zwischen den Zeilen konnte man schon die Forderung herauslesen: „Es lebe der Krieg!“

Und heute wird dieselbe Presse, die damals vor zehn Jahren für ihre Auftraggeber bereits Morgenluft witterte, in spaltenlangen Artikeln Reflektore auf den 28. Juni 1914 bringen und so tun, als ob sie es bedauere, daß es je einen 28. Juni 1914 gegeben hat. Denn sie weiß, daß die Menschen vergeblich sind.

## Die Arbeiter und der Krieg.

Von Fred Bramley, Sekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes.

Im letzten großen Krieg wurden über 50.000.000 gesunde und kräftige Arbeiter von den Feldern, Fabriken und Arbeitsplätzen Europas zum wissenschaftlichen Mord herangezogen, weil ihre Herren sozial, industriell und politisch in Streit geraten waren. Der Krieg bedeutete die tragische und unvermeidliche Folge eines auf kapitalistische Herrschaft, internationale Konkurrenz, Geheimdiplomatie und militärische Allianzen gegründeten Systems. Das aus einer verhängnisvollen Verquickung von Verbrechen und Mißgriffen entstandene Unglück zeitigte für unzählige Millionen den Verlust von Vätern, Söhnen, Söhnen und Brüdern. Ueber 7 1/2 Millionen der stärksten und hoffnungsvollsten jungen Leute aller Nationen verloren auf den Schlachtfeldern ihr Leben. Zudem zählte man 12.500.000 Verwundete, von denen Tausende so verstümmelt worden sind, daß sie sich körperlich und geistig nie mehr erholen werden.

Den blutigen Verlusten des — wie wir hoffen — letzten unserer kapitalistischen Kriege folgten die Schäden der in der ganzen Welt sich geltend machenden wirtschaftlichen Lähmung der Nachkriegszeit. Die Zerstörung des internationalen Handels, die ungewöhnliche andauernde Arbeitslosigkeit und Armut müssen in der Verlustrechnung ebenfalls gebucht werden. In verschiedenen Ländern wütet die Reaktion, demokratische Institutionen werden unterdrückt, Gewerkschaften zerstört und die Reiten der wirtschaftlichen Sklaverei zur Unterdrückung und Herabsetzung der Arbeiter verstärkt.

Mehr als irgend eine andere Klasse leidet die Arbeiterklasse unter den Folgen des Krieges. Die Arbeiter haben aber auch mehr als jede andere Klasse die Mittel zur Verhinderung von Kriegen in Händen. Denn sie können sich weigern, das nötige „Menschenmaterial“ zu liefern, das Kriegsmaterial herzustellen und zu transportieren. Der Weltfriede kann nie durch moralische Erwägungen oder fromme Resolutionen gesichert werden. Er wird kommen, wenn sich die Arbeiter weigern, bei einem Spiel mitzumachen, bei dem sie die hilflosen Opfer der skrupellosen Verbrecher werden, die sie für die Missetaten und den Wahnsinn anderer bluten, arbeiten und zahlen lassen.

Wenn sich die Arbeiter nicht organisieren, um Kriegsgefahren endgültig aus dem Wege zu räumen, werden diese Gefahren zur Wirklichkeit werden. Der Militarismus ist während des letzten Krieges nicht vernichtet worden. Er wurde vorübergehend in gewissen Ländern unterdrückt, während er in andern gestärkt wurde. Experten in Regierungsinstitutionen unternehmen bereits Schritte, um Zerstörungsinstrumente zu erfinden, die diejenigen des letzten Krieges weit in den Schatten stellen. Staaten, die sich christlich nennen, sind noch in raffinierter Weise bis an die Zähne bewaffnet.

Wir müssen erreichen, daß diese Instrumente der Unterdrückung von jenen nicht mehr verwendet werden können, die wir durch Arbeiterklassenorganisationen beeinflussen oder beherrschen können.

In unserer Opposition gegen den Krieg müssen wir Klassenvorurteile überwinden; sie muß uns zur Verneinung der die Staaten trennenden Grenzen führen und uns anspornen, über diese künstlichen Schranken hinweg die Solidarität der Arbeiterklasse zu begründen. Die Arbeiter Europas können sich, der Welt und den kommenden Generationen am meisten nützen, wenn sie ein internationales Einvernehmen fördern, das Kriege unmöglich machen wird.

## Das Bergwerksunglück bei Gloggnitz.

Kapitalistischer Schandrian die Schuld an der Katastrophe.

Gloggnitz, 27. Juni. (Eigenbericht.) Das Bergwerksunglück bei Gloggnitz hat im ganzen 30 Todesopfer gefordert. In der Leichenkammer des Friedhofes sind 29 Tote aufgebahrt, außerdem ist im Reunstrahner Krankenhaus ein Bergarbeiter seiner Gasvergiftung erlegen. In der Totenkammer, wo die Leichen aufgebahrt sind,

spielten sich heute herzzerreißende Szenen ab. Frauen und Kinder der Toten kamen mit vielen Blumen, legten sie auf den Särgen nieder und nahmen Abschied von ihren Ernährern.

Von den 30 Opfern der Katastrophe sind 19 verheiratet, neun ledig und zwei verwitwet. Sie hinterlassen 40 Kinder unter 14 Jahren und 19 Kinder über 14 Jahre.

### Die Ursache des Unglücks

Ist jetzt festgestellt: gegen den Willen der Belegschaften und der Gewerkschaft hatte der Schichtmeister Dremmer vor ungefähr vier Wochen den Stollen, in dem sich der Brandherd befand, abmauern lassen und die Röhren des Kompressor und der Wasserleitung nicht abgesperrt. Durch das Feuer wurde nun der Kompressor beschädigt und als nun gestern der Schichtmeister in Abwesenheit des Bergwerkdirektors und des Ingenieur den Stollen aufmachen ließ, preßte der Kompressor die ganze schlagwettergefüllte Luft aus dem Brandstollen in das ganze Bergwerk hinein.

Schuldig ist jedoch vornehmlich die Direktion der Grube und die Revierinspektion in St. Pölten. Die Grubendirektion hatte keinerlei Rettungsvorkehrungen getroffen. Im ganzen Bergwerk waren nur drei beschädigte Gasmasken vorhanden. Alle Rettungsvorkehrungen waren von der Direktion unterlassen worden, weil es Geld gekostet hätte. Außerdem besaß das Werk nur eine einzige Trambahre. Die Gloggnitzer Feuerwehr mußte Trambahnen vom Bahnhof und aus ihren Gerätschaftsräumen herbeischaffen.

Bundespräsident Hainisch ist am Unglücksorte eingetroffen. Der Betriebsrat richtete an den Bundespräsidenten den heftigen Protest wegen der bergpolizeilichen Vergehen in der Grube.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Parteiverammlung für Niederösterreich hielt der Wiener-Neustädter Bürgermeister Gen. Ofenbäck den Opfern der Katastrophe einen Nachruf, wobei er erklärte, daß die Opfer sämtlich sozialdemokratisch organisiert waren. Die Sozialdemokraten werden auch nicht eher ruhen, bis alle Schuldigen an diesem Unglück zur Verantwortung gezogen wurden.

## Die deutschen Schulen in Prag.

In den letzten Tagen haben in der Angelegenheit der Prager deutschen Mittelschulen fortgesetzte Aussprachen der deutschen Abgeordneten mit den maßgebenden Stellen stattgefunden. Die deutschen Abgeordneten verlangten nachdrücklich die Zurückziehung der die Kleinfürstliche Realschule und das Altstädter Realgymnasium betreffenden Aufhebungsbeschlüsse, zumindest aber die Umwandlung der sofortigen Aufhebung dieser Anstalten in deren schrittweisen Abbau. Diese Verhandlungen blieben insofern ergebnislos, als der Schulminister erklärte, über das gleich anfangs gemachte Zugeständnis der Belassung des Realgymnasiums in der Heinrichsgasse, in dessen jetziger Gestalt für das Schuljahr 1924—25 nicht hinausgehen und die Aufhebungsbeschlüsse hinsichtlich der beiden anderen Anstalten nicht in Frage stellen lassen zu können.

Tagegen trug der Minister nach langwierigen Verhandlungen den bezüglich der Durchführung der Aufhebungsbeschlüsse vorgebrachten Bedenken nach der Richtung Rechnung, daß er grundsätzlich zustimme, mit Rücksicht auf die jüngeren Schüler und die größere Entfernung ihrer Wohnungen von den ihnen neuzugewiesenen Schulgebäuden einige Parallelklassen in den bisherigen Gebäuden zu belassen. In Durchführung dieser Zusage hat denn auch der Schulminister gestern das Präsidium des Landes Schulrates zu folgenden Verfügungen ermächtigt: Im Falle, daß bei den Klassen zwei bis vier an der deutschen Staatsrealschule in Prag 2, in der Mikolandergasse und am deutschen Staatsrealgymnasium in Prag 3. (Borovská) Parallelklassen errichtet werden, sollen diese Parallelklassen im Schuljahre 1924—25 noch in den ursprünglichen Räumlichkeiten der aufgelösten Anstalten untergebracht bleiben, dergestalt also, daß die Parallelklassen bei der 2.—4. Klasse des deutschen Realgymnasiums in Prag 3, im Gebäude der deutschen Realschule in Prag 2., Mikolandergasse, und die entsprechenden Parallelklassen an der deutschen Realschule in Prag 2., im Gebäude des deutschen Realgymnasiums in Prag 3., untergebracht würden. Dadurch gewinnt wenigstens ein größerer Teil der Schüler die Möglichkeit, den Unterricht in den bisherigen Anstaltsgebäuden weiter zu erhalten.

Bezüglich der Belassung der Lehrkräfte in Prag erklärte der Schulminister, daß er nicht die Absicht habe, Verfügungen vorzunehmen, und daß, falls in Ausnahmefällen eine solche Belassung unvermeidbar wäre, hiebei auf die persönlichen und auf die Familienverhältnisse der in Betracht kommenden Lehrkräfte besonders Bedacht genommen werden sollte.

Die deutschen Unterhändler, unter ihnen als Vertreterin der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Genossin Deutsch, haben — wenn man so bekannte haltstarre Haltung des Unterrichtsministeriums in der Frage der deutschen Schulen in Prag in Betracht zieht, — einen, wenn auch nur bescheidenen Erfolg erzielt. Sie haben das Höchstmaß dessen, was unter den bestehenden Verhältnissen in der Schulfrage zu leisten war, erreicht.

Die Internationale Arbeiterhilfe (Deutsche Abteilung, Stg. Auffsig) versendet derzeit an die ver-

schiedenen Organisationen und Funktionäre von Arbeiterorganisationen Briefe, in denen Aufforderungen zur organisatorischen Arbeit für die Interessen der Internationalen Arbeiterhilfe enthalten sind. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Internationale Arbeiterhilfe eine kommunistische Organisation ist, die in erster Linie den Propagandazwecken der Moskauer Internationalen dient und weiter, wie alle kommunistischen Organisationen, den Zweck hat, gemäß dem politischen Programm der Kommunisten die Sozialdemokratie zu vernichten. Da die Internationale Arbeiterhilfe jetzt aber sogar die Unversämtheit besitzt, ihre Briefe auch sozialdemokratischen Vertrauensmännern ins Haus zu stellen, muß neuerdings auf die rein kommunistische Tendenz dieses Unternehmens hingewiesen und vor ihm gewarnt werden.

Es wird fortgesetzt. Die „Deutsche Landpost“, das Blatt der deutschen Agrarier, ist ja schon zur Genüge dafür bekannt, daß es stets nach dem Grundsatz handelt: „Verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen.“ Die „Landpost“ benützt nämlich unsere Darstellung der von den bürgerlichen Zeitungen verdrängt dargestellten Vorgänge in der Saager Arbeiterbäckerei, um die sozialdemokratischen Führer als „Arbeiterausbeuter“ hinzustellen. Weil die Saager Arbeiterbäckerei infolge zu großer Regie eingestellt werden mußte, meint das Blatt, daß dieser Umstand für ein sozialdemokratisches Unternehmen nicht maßgebend sein könne. Darauf ist nur zu erwidern, daß die Sozialdemokraten eben keine Geißel haben, die ihnen Geld schenken, um unrentable Unternehmungen zu stützen. So etwas soll es nur bei den Bürgerlichen geben. Das agrarische Blatt meint aber auch, es sei ein schreckliches Vergehen, wenn die Bäckergehilfen kontrolliert wurden. Nun, die „Landpost“ kann beruhigt sein, die Kontrolle geschah nämlich über Verlangen der Bäckergehilfen durch die Organisation der Bäckergehilfen, die einen organisierten Bäder aus einem anderen Ort zur Kontrolle entsandte. Also nicht die Führer haben kontrolliert oder die Kontrolle veranlaßt, sondern die Gehilfen selbst, so daß gegen eine solche Kontrolle wohl nichts eingewendet werden kann. Es wäre mir gut, wenn die Großagrarien auch einmal durch Arbeiter kontrollieren lassen würden, wie sehr die Agrarier ihre Angestellten ausbeuten. Die Behauptung, die Gehilfen seien unter den Sähen des Kollektiv-Vertrages entlohnt worden, ist ebenfalls nicht richtig, da man ja die Entlohnung nach einem Vertrage erst vornehmen kann, wenn der Vertrag abgeschlossen ist. In Saag war aber der Kollektiv-Vertrag noch nicht vereinbart, so daß eine Bezahlung nach diesem Vertrage auch nicht in Frage kam. Die „Warnung“ des agrarischen Blattes vor den sozialdemokratischen Führern ist also recht unangenehm. Es wäre viel besser, wenn die „Landpost“ den Vorgängen in ihrer Partei und in den agrarischen Organisationen in Saag, die sogar gerichtliche Nachspiele hatten, etwas mehr Aufmerksamkeit widmen würden. Dann könnte man wirklich erst sagen, wie Führer, allerdings agrarische, ihre Angestellten „behandeln“. Wie agrarische Führer wirtschaften, das könnte die „Landpost“ auch erzählen, wenn sie etwas über die Pödersamer Schmuckeraffäre berichten würde. Und warum antwortet die „Landpost“ nicht auf die Behauptung einer ihrer Parteigänger in der Personennennung in Großschick, daß die agrarischen Führer von wirtschaftlichen Organisationen besetzt werden?

Eine Mehllaffäre in Preßburg. Dieser Tage wurde in Preßburg eine neue Lieferungsaffäre, diesmal eine Mehllaffäre aufgedeckt. Die Firma Brüder Mayer, Dampfsmühle in Rejzinek, erhielt vom Preßburger Militärpflanzmagazin eine größere Anzahl Waggons mit einwandfreiem Getreide, führte aber Mehl aus verdoberndem, weniger preiswertem Getreide ab. Beide Inhaber der Firma sowie ein Beamter der Mühle wurden in provisorische Haft gesetzt, ebenso ein Stabsoffizier in Preßburg. Die Untersuchung ist bisher nicht beendet und Details werden verheimlicht.

Milch- und Obstverkauf an Sonntagen in Prag. Die politische Landesverwaltung in Prag hat angeordnet, daß in der Zeit vom 1. Mai bis Ende September der Verkauf von Milch von sechs Uhr bis neun Uhr vormittags, und in der Zeit vom 1. Juni bis Ende September der Verkauf von Obst von zwei bis sechs Uhr nachmittags auch an Sonntagen in Groß-Prag gestattet wird.

Brand im Kupferwerke in Pömmersle bei Auffsig. In Pömmersle bei Auffsig fing vorgestern um 12 Uhr die bekannten dortigen Kupferwerke Feuer. Die Entstehungsurache ist bis zur Stunde unbekannt. Der Brand wurde rasch durch Explosion der Gasöle verbreitet. Insbesondere stark beschädigt ist der Dachstuhl der Gießerei. Der Sachschaden ist bedeutend. Dank dem Eingreifen der Feuerwehren konnte der Brand rasch gelöscht werden, so daß der Betrieb vollkommen aufrecht erhalten werden konnte.

Bei der Arbeit verunglückt. Bei den Bodenarbeiten für einen Neubau in der Prager Heinrichsgasse brachen die Bodenstüben beim Abbau des Bodens durch und die Poliere Ws. Boháč aus Zikow und der 20jährige Jaroslav Kolar aus der Pödersbrader Straße in Zikow wurden durch das niederstürzende Erdreich verunglückt. Sie erlitten schwere innere Verletzungen und überdies wurde dem ersten der Fuß gebrochen.

Die Wiener Arbeiterkassette und Matteotti. Donnerstag fand eine Trauerkundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterkassette Wiens für Matteotti statt, bei der Abg. Genosse Ellbogen die Gedenkrede hielt.

Die Direktion der Staatsbahnen Prag-Eld teilt mit: Am 28. Juni d. J. entgleiste um 20 Uhr 30 Minuten auf dem Einfahrtswechsel in Prag-Denisbahn eine Reserveeinheit in c. Durch den Unfall wurde die Ein- und Ausfahrt des Personenbahnhofes gesperrt und vier Personen-züge erlitten dadurch eine bedeutende Verspätung. Die Störung war in 25 Minuten beseitigt. Die Ursache wird untersucht.

Neue Fallimente in Wien. Es wurden wieder neue Fallimente gemeldet. Außerdem hat die Welfirma Stern u. Morgenstern in Wien um einen außergerichtlichen Ausgleich angefragt. Die Schulden betragen 1,5 Milliarden. Die W. L. Helmsburger Lederfabrik S. u. F. Klesch, die auch eine Niederlage in Wien besitzt, ist in Zahlungsunfähigkeit geraten und hat beim Wiener Landesgericht um die Eröffnung eines Ausgleichsverfahrens angefragt. Die Passiven werden auf mehr als 40 Milliarden geschätzt. Die Firma beschäftigt 750 Arbeiter.

Ludendorff. Die „Frankf. Zeitung“ schreibt: „Im Reichstag hat General Ludendorff noch nichts von sich hören lassen. Dafür arbeitet er nach wie vor als beliebtester Festredner der Nationalsozialisten. Auf einer Sonnenwandfeier dieser Partei am pomerischen Ostseestrand warnte er vor „minderewertigen Mischlingen“, gegen die man die Rasse rein erhalten müsse. Damit sind offenbar die zahlreichen Angehörigen des höheren und niederen Adels gemeint, die in jüdische Bankierfamilien hineingeheiratet haben. Auf diesem Gebiet weiß Ludendorff hoffentlich besser Bescheid als auf dem der eigentlichen Politik. Denn da passierte ihm das Mißgeschick, davon zu reden, daß man (bei der letzten Volksabstimmung) die Provinz Hannover „mit Westfalen und Rheinland zu einem westdeutschen Freistaat“ habe machen wollen. Das ist nun ungefähr das Letzte, woran irgend ein Hannoveraner denken würde. Der General wirft offenbar zwei Dinge durcheinander, zwischen denen niemals irgend eine Verbindung bestand. Wenn er nun als Festredner verlangt, daß jeder Deutsche bereit sein müsse, für sein Land zu leben und zu sterben, könnte man von solchen Deutschen, die ihr Volk im Reichstag vertreten wollten, außerdem noch verlangen, daß sie sich zum wenigsten von den äußeren Umständen der politischen Hauptfragen eine gewisse Kenntnis erwerben.“

Das Raffeur von Kapernaum. Aus Palästina wurde kürzlich von Ausgrabungen berichtet, bei denen die Ruine einer Synagoge in Kapernaum freigelegt wurde, in der sich an einem Fries bereits das Motiv des Salentkreuzes verwendet zeigte. Es war gleich vorauszusetzen, daß diese Entdeckung unsere katonischen Salentkreuzer in Schrecken setzen würde. Und so war es. Eine Gänsehaut überließ sie. Dann aber machten sie sich daran, das fatale Faktum zu „erklären“. Der famose „Hammer“, das Organ, das die Kadaverantifemilien der Straße mit „geistigem“ Rüstzeug versorgt, hat es (Nummer 528) bereits auf zwei solcher Erklärungen gebracht. Daran, daß ihr heiliges Salentkreuz „arisch“ sei, lassen sie nicht tippen. Also einschafte Erklärung:

Was ist nicht alles schon aus arischem Besitz in jüdischen Übergang? Es gibt ja kaum etwas, das die Juden nicht gelegentlich gestohlen hätten — greifbares wie geistiges Eigentum. Jüdische Kultur ist ja im wesentlichen die „Kultur des Diebstahls“.

Eigentlich sollte diese Erklärung für jeden Salentkreuzbruder ausreichen. Aber — doppelt genährt, hält besser: darum „müchte“ der „Hammer“ aus besagter fataler Tatsache

cher folgern, daß die betreffende Synagoge von nicht jüdischen Bauleuten errichtet wurde, die aus eigenem Antrieb das Salentkreuz anbrachten. Das Bauen war ja von jeher nicht die Stärke der Juden. Wird doch in der Bibel berichtet, daß Salomo zur Erbauung seines Tempels tyrische Bauleute kommen ließ.

Na also! In der nächsten Nummer des „Hammer“ wird nachgewiesen werden, daß altbayerische Alfordmaurer aus Germaniens Gefilden nach Kapernaum geholt wurden, die dann das damals aus ihren heimischen Wäldern befindliche Salentkreuz in die Synagoge schmuggelten. O hätten sie geahnt, was sie damit für später angerichtet haben!

Die antisemitischen Umtriebe auf Deutschlands Hochschulen. Wie das „Verl. Tagbl.“ aus München berichtet, hat der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete berühmte Chemiker der Universität München, Geheimrat Willstätter, zum Proteste gegen die antisemitischen Umtriebe im Lehrkörper der Hochschule sein Lehramt niedergelegt. Den unmittelbaren Anlaß bot die Ablehnung zweier jüdischer Gelehrter durch die Universität unter dem Vorwande, daß sie Ausländer seien.

Der Heiligsengott versteht nur die Landesprachen. Die „Tribuna“ meldet aus Salurn, daß während einer Messe der italienische Pfarrer bemerkte, daß ein ge Kirchensucher die Gebete in deutscher Sprache mitbetete. Er unterbrach unwillig den Gottesdienst, stellte den Knecht auf dem Altare nieder, drehte sich um und fuhr die Gläubigen barsch an, entweder italienisch zu beten, oder die Kirche zu verlassen.

Der italienische Generalkonsul in Toulon wurde nach einem kommunistischen Meeting von der Menge überfallen. Von der einschreitenden Polizei wurde zwei Mann verwundet.

Australischer Kongreß der armen Bauernschaft. In Charkow wurde unter Teilnahme von 876 Delegierten, die 600 Organisationen vertreten, der australische Kongreß der armen Bauernschaft er-

öffnet. Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsausschusses der ukrainischen Sowjetrepublik Petrowski konstatierte in der Eröffnungsrede, daß in diesem Jahre 170.000 neue Mitglieder aufgenommen und 1500 Kollektivwirtschaftsbetriebe errichtet wurden.

Kommunistenhefte in Norwegen. Das kommunistische Mitglied des Storting Olaf Schæfle wurde wegen antimilitaristischer Propaganda zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Sekretär der kommunistischen Partei Furuboten wurde zu 120 Tagen Gefängnis verurteilt.

Erdbeben in Australien. Die Seismographen von Sydney (Australien) haben heftige Erdstöße verzeichnet, ebenso diejenigen von Kapstadt (Südafrika). Die Schwankungen der Apparate dauerten 150 Minuten.

Genossenschaftliche Propaganda. Ein neues Mittel genossenschaftlicher Propaganda ist vom Konsumverein der schwedischen Hauptstadt angewandt worden. Da es einen unerwartet großen Erfolg gebracht hat, dürfte es wohl auch außerhalb Schwedens versucht werden. Der Verein für rationelle Hauswirtschaft fragte beim Konsumverein Stockholm an, ob er nicht bei der Durchführung eines Kochkurses seine wirtschaftliche Hilfe zusagen wolle. Mit dem Kurse sollte jungen Frauen und Mädchen die Gelegenheit geboten werden, ihre Kenntnisse der schwierigen Kunst der Zubereitung einer guten, abwechslungsreichen, nahrhaften und doch billigen Kost zu ergänzen. Der Kochkurs kam für die Mitglieder des Konsum- und Haushaltungsbereines zustande, während der erstere für alle Kosten aufkam, lag die Leitung in den Händen des Vereines für rationelle Hauswirtschaft. Der Aufbruch in den Zeitungen hatte einen ganz unerwartet großen Erfolg. In wenigen Tagen meldeten sich mehr als 600 Teilnehmer. Die zur Verfügung stehenden Lehrkräfte erlaubten aber nur die Durchführung von acht Kursen mit je zwölf Teilnehmerinnen. Während sechs Wochen erhielten so 96 junge oder zukünftige Hausfrauen, denn ein großer Teil der Teilnehmerinnen bestand aus Verlobten, kostenlos Unterricht in der Zubereitung gesunder und schmackhafter Speisen. Jeder Kurs umfaßte zwölf praktische Lektionen von je vier Stunden und zwei Vorlesungen. Die eine über die Aufgabe und die Bedeutung der Konsumvereine und die andere über den Einkauf der Nahrungsmittel. In den Küchenräumlichkeiten von vier Volkshäusern konnte man bald ein eifriges Kochen bemerken. Die Teilnehmerinnen, alles Mitglieder der beiden Vereine, kamen aus den verschiedensten Wirkungsbereichen. Daß all diese fleißigen Hände auch verstanden haben zu lachen, geht daraus hervor, daß ein Verwaltungsratsmitglied des Konsumvereines unter anderem berichtet, daß er noch nie so ungewohnter Stunden so viel und so gut gegessen habe, wie auf

dieser Inspektionsreise in den vier Volkshäusern. Das große Interesse und die Befriedigung der Lehrerinnen und Schülerinnen werden auch in Zukunft den Konsumverein veranlassen, solche Kurse zu wiederholen. Damit hilft der Konsumverein den Hausfrauen nicht nur beim Einkauf der Nahrungsmittel, sondern er lernt sie auch, dieselben richtig zu verwenden.

Automobilunglück bei Allenstein. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee bei Spiegelberg in der Nähe von Allenstein (Ostpreußen). Ein von Königsberg kommendes Personenautomobil der Viktoria-Verkehrs-Gesellschaft geriet beim Anfahren des Berges vor Spiegelberg ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Es schlug um, wurde zertrümmert und die Insassen herausgeworfen. Dem Chauffeur gelang es rechtzeitig, sich zurückzuwerfen, wodurch er zwar aus dem Wagen geschleudert wurde, aber unverletzt blieb. Die beiden Insassen, der Reisende Wiskoff aus Königsberg und dessen Frau trugen sehr schwere Verletzungen davon. Wiskoff erlitt einen Schädelbruch und war sofort bewegungslos. Seine Verwundeten starben später in der Allensteiner Klinik, ohne die Bestimmung erlangt zu haben.

Erdbeben in Budapest. In der vergangenen Nacht wurde in den Ofener Bezirken um halb 12 Uhr ein Erdbeben in der Dauer von 10 Sekunden festgestellt. Zwei Erdstöße wurden verspürt. Die Fenster scheibeln zitterten und die in den Wohnungen befindlichen Einrichtungsgegenstände gerieten ins Wanken. Die Bewohner des „allwelts“ kletterten sich im ersten Schrecken an und eilten ins Freie, wo sie einen Teil der Nacht verbrachten.

Auffindung eines vorchristlichen Urnenfriedhofes. In der Nähe des Dorfes Spröge im Kreise Harburg wurde ein vorchristlicher Urnenfriedhof entdeckt. Bis jetzt wurden 150 Grabstätten gefunden. Die Tournen enthalten außer Menschenknochen eiserne Schmuckstücke.

Wetterüberblick vom 27. Juni. Donnerstag nachmittags lag die Temperatur in Böhmen etwas höher, im Osten der Republik etwas tiefer als am Vortage. Sie erreichte 20 bis 25 Grad Celsius. Überall herrschte vorwiegend heiteres, nur leicht bewölkt, sonniges Wetter. Freitag früh ist von Südwesten her starke Erwärnung eingetreten; Südwestfrankeid hatte gestern nachmittags Maximum von 30 bis 31 Grad Celsius. Das binnenländische Hochdruckgebiet wird von Nordwesten her rasch abgebaut; die skandinavische Depression entwickelt an ihrem Südrande Ausläufer, die auch bei uns Gewitterneigung bringen dürften. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Verstärkte Bewölkung, Neigung zu lokalen Gewittern, warm. Morgens vorwiegend heiter.

# Deutschnationale Ungeheuerlichkeit.

## Neue Beweise: Das Verhalten der Deutschnationalen in Mährisch-Schönberg, ein Brief Dr. Lodgmans und das Schweigen des Senators Oberleithner.

Daß die von der deutschnationalen Partei zuweilen an den Tag gelagte „Ungeheuerlichkeit“ und „Beamtenfeindlichkeit“ bloße Demagogie ist und sich lediglich in Phrasen und Versprechungen zu Wahlscheitern erschöpft, während die entsprechenden Tatsachen ausbleiben, haben wir wiederholt nachgewiesen. Heute sind wir nun in der Lage, die aufgelegte Ungeheuerlichkeit und Beamtenfeindlichkeit der Deutschnationalen mit Dokumenten nachzuweisen. Der Verband der öffentlichen Angestellten in Mährisch-Schönberg, richtete am 21. Mai d. J. an den Verband der Selbstverwaltungskörper in Tepitz-Schönau, folgendes Schreiben:

„Wir verhandeln bereits seit längerer Zeit mit der Stadtgemeinde Mähr.-Schönberg wegen Regelung der Pensionsbezüge der dortigen städtischen Angestellten. Der Sachverhalt ist der, daß die städtischen Beamten und Angestellten von Mähr.-Schönberg den Staatsbeamten- und Angestellten gleichgestellt sind und die Befoldung genau nach dem Staatsschema erfolgt. Wir haben daher den selbstverständlichen Standpunkt eingenommen, daß auch die Berechnung der Pensionsbezüge nach den für Staatsangestellte geltenden Normen erfolgen müsse. Die Stadtgemeinde hat dies aber bisher nicht getan, sondern sie verfährt bei Pensionierung von städtischen Angestellten ganz willkürlich, indem in jedem einzelnen Falle einer Pensionierung die Höhe der Pension durch Beschluß des Stadtrates festgesetzt wird, ohne daß hierfür irgendwelche Normen zugrunde gelegt würden. Daher sind auch die Bezüge der Mähr.-Schönberger Pensionisten ganz verschieden berechnet und es herrscht eine Verwirrung, die jeder Beschreibungsgegenstand spottet.“

Die von uns aufgestellte Forderung, daß die Pensionen nach Staatsschemen berechnet werden sollen, ist nicht nur logisch, sondern auch rechtlich vollkommen begründet, weil den Angestellten auch der Pensionsbeitrag genau nach den Normen der Staatsangestellten abgezogen wird, so daß sie doch auch auf die Pension im Staatsmaß Anspruch haben müssen.

Die ganze Frage wäre schon längst geregelt, wenn nicht unter den politischen Parteien selbst Meinungsverschiedenheiten beständen. Ein großer Teil der Stadtvertreter ist ohne weiteres dafür, daß die Regelung der Pensionen in obigem Sinne erfolgt. Es sind, soweit wir informiert sind, nur die Angehörigen der Gewerkepartei und der deutschen Nationalpartei, welche sich dem widersetzen. Nun ist es aber bekannt, daß im Parlamente sämtliche deutschen Parteien sich stets für eine

Verbesserung der Bezüge der Staatspensionisten eingesetzt haben und es wäre daher sehr sonderbar, wenn eine von diesen Parteien den Angestellten noch einmal die kläglichen Pensionsbezüge gewähren wollte, wie sie der Staat seinen Pensionisten gewährt. Diesem Falle kommt daher unserer Meinung nach auch eine politische Bedeutung zu, weshalb wir Sie höflich ersuchen, dieses unser Schreiben dem Herrn Abgeordneten Lodgman zur Kenntnis zu bringen. Wir sind überzeugt, daß Herr Dr. Lodgman unserer Auffassung zustimmen wird, nämlich, daß man nicht in der Gemeinde eine andere Politik machen dürfe, als im Parlamente und wir sind sicher, daß es ihm auf Grund seiner Verbindungen mit seinen Mähr.-Schönberger Parteifreunden möglich sein wird, diese Frage einer gerechten Regelung zuzuführen.

Wir sind nämlich schon einmal genötigt gewesen, gegen die Stadtgemeinde Mähr.-Schönberg einen Prozeß zu führen, den wir gewonnen haben. Ein zweiter Prozeß gegen diese Stadt ist derzeit anhängig. Es sollte uns leid tun, wenn wir dieser Stadtgemeinde noch durch einen dritten Prozeß unnötige Kosten verursachen müßten, da doch für jeden vernünftig denkenden Menschen klar sein muß, daß wir für die Mähr.-Schönberger Pensionisten nichts Unrechtes verlangen, sondern nur das wenige, worauf sie nach dem Staatsschema und auf Grund der geleisteten Pensionsbeiträge Anspruch haben.

Indem wir Ihnen sowie auch Herrn Abgeordneten Dr. Lodgman für die freundliche Vermittlung im voraus bestens danken, verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung . . .

Dieses Schreiben, das jedermann eine klare Vorstellung davon geben wird, wie im wahren Sinne angestelltenfeindlich, ja beamtenfeindlicher als der Staat, die Deutschnationalen, und auch die deutschen Gewerbetreibenden sind, war begreiflicherweise dem Herrn Abgeordneten Dr. Lodgman höchst unangenehm und er versuchte daher, sich in folgendem Antwortschreiben vom 30. Mai an den Verband der öffentlichen Angestellten Mährisch-Schönberg aus der Affäre zu ziehen.

„Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat mir Ihre Zuschrift vom 21. Mai 1924, Z. 1336, übermittelt und ich erlaube mir mitzutteilen, daß ich sie unter Einem an Herrn Senator Oberleithner mit dem Ersuchen weiterleitete, sie den Vertretern der Nationalpartei in der Stadtgemeinde Mähr.-Schönberg zu übergeben. Zur Sache selbst bemerke ich folgendes: Nach welchen Regeln die Pensionsbezüge der städtischen Beamten zu bemessen sind, das richtet

sich zunächst nach den Bestimmungen des Dienstvertrages. Darau, daß die Vertreter der Nationalpartei bezüglich der Auslegung dieser Bestimmungen anderer Meinung sind, als der geehrte Verband, kann unmöglich geschlossen werden, daß hier ein Widerspruch zwischen der Haltung der Partei im Parlamente und in der Gemeindevertretung in Mähr.-Schönberg vorliegt. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Vertreter der Deutschen Nationalpartei nicht gewichtige Gründe für ihre Haltung hätten und bin selbstverständlich auch ganz außerstande, Ihnen in dieser Beziehung irgendwelche Vorarbeiten oder Ratsschlüsse zu geben. Wenn die Dinge so liegen, wie Sie schreiben, daß die Stadtgemeinde bereits einen Prozeß verloren hat, so ist allerdings die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die bisherige Ansicht der Stadtgemeinde nicht aufrecht erhalten werden können, allein etwas bestimmtes diesbezüglich behaupten zu wollen, ist schon mit Rücksicht auf die durchaus unklaren und verworrenen gesetzlichen Bestimmungen unmöglich. Ich bestreite daher auch, daß den diesbezüglichen Prozeßen eine politische Bedeutung „zukommt“, wenn es auch selbstverständlich durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß die gegnerischen Parteien eine solche politische Bedeutung hineinbringen werden.“

Hochachtungsvoll ergebene Lodgman.“

Herr Dr. Lodgman versucht, im Vorhinein, den verdienten Dorn zu pavieren, indem er höflich, daß die gegnerischen Parteien eine „politische Bedeutung“ in diese Angelegenheit „hineinbringen werden“. Sowohl die Beamten als auch wir haben es wahrlich nicht nötig, in eine Sache eine Bedeutung „hineinzutragen“, die ihr tatsächlich von vornherein zukommt. Herr Lodgman windet sich vergeblich um die Tatsache herum, daß die deutschnationalen Gemeindevertreter die Rechte jener Beamten, die ihnen ausgeliefert sind, schmälern. Wir glauben auch, die „gewichtigen Gründe“ für die Haltung der deutschnationalen Partei in Mährisch-Schönberg zu kennen, und sind gerne bereit, dem vorstichtigen Herrn Dr. Lodgman darüber Aufklärung zu geben. Die deutschnationalen Fabrikanten und Hausbesitzer, Fleischermeister und Bäckermeister in Mähr.-Schönberg, wollen ihre Geldsäkel nicht in Anspruch nehmen, um den so hochgeliebten Beamten anständige Pensionen zu bezahlen. Andere „gewichtige Gründe“ für das Verhalten der Deutschnationalen gibt es nicht, was auch aus der Tatsache hervorgeht, daß Herr Senator Oberleithner, an den sich der Verband der öffentlichen Angestellten sofort nach Erhalt des Briefes von Dr. Lodgman wendete, dem Verband bis heute keine Antwort erteilt hat. Der bezügliche Brief des Verbandes ist vom 5. Juni datter, Herr Senator Oberleithner konnte sich aber nicht einmal innerhalb dreier Wochen entschließen, seine „gewichtigen Gründe“ namhaft zu machen.

Unförmlich ist es unsere Pflicht, die Kenntnis dieser Dinge einer größeren Öffentlichkeit zu vermitteln, damit so an dem Mähr.-Schönberger Beispiel möglichst viele Angestellte und Beamte erkennen, wie unsozial, beamtenfeindlich und nur auf den Schutz ihres Geldsäckels verfaßt, die Deutschnationalen sind.

# Gerichtssaal.

## Der militärische Benzinprozeß.

Prag, 27. Juni. Das Interesse des Publikums an den Zeugenverhören nimmt sichtlich zu. Während in den ersten Prozeßtagen außer einigen Verwandten der Angestellten fast niemand im Zuhörerraum zu sehen war, sind die Verhandlungen am Gradstein jetzt anscheinend Mode geworden, und so war heute der Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Zu Beginn der Verhandlung wurde der bekannte Einlagerungsvertrag zwei Sachverständigen vom Handelsgericht übergeben, die bis morgen ein Gutachten darüber ausarbeiten sollen. Für heute waren u. a. als Zeugen Kolben, Dr. Soatel und Penoni vorgeladen. Der Verteidiger Dr. Vístek verwahrt sich jedoch gegen deren Vernehmung, indem er sich dabei auf eine Bestimmung des Militärstrafgesetzes berief, wonach der Mitbeschuldigte in derselben Sache nicht zugleich als Zeuge einvernommen werden soll. Dabei entspann sich eine stellenweise sehr lebhaft Debatt zwischen dem Militärprokurator und den Verteidigern.

Nach einer fast zweistündigen Beratung verkündigte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof alle Anträge der Verteidigung abgelehnt und auf der Einvernahme der für heute vorgeladenen Zeugen beharrt. Frau Doubela, die zuerst vernommen werden soll, hat sich aber inzwischen entfernt und der Verteidiger begründet dies mit hochgradiger Nervosität. Der Vorsitzende veranlaßt aber ihre Vorführung und ruft inzwischen Dr. Soatel als Zeugen auf, den er ersucht, die ganze Affäre, soweit sie sich auf die angeklagten Offiziere bezieht, ausführlich und wahrheitsgetreu zu schildern. Soatel erklärt neuerdings, sein Verhältnis zu Doubela sei immer ein korrektes gesellschaftliches gewesen. Mit Doubela habe er überhaupt nie über Benzinlieferungen gesprochen bis auf ein einziges Mal die Mailieferungen betreffend, wozu ihn Kolben angestiftet habe. Er habe Doubela nie etwas angeboten oder gegeben, noch ihm solche Hoffnungen gemacht, die ihn zur Verletzung seiner Amtspflichten hätten verleiten können. Soatel verbreitert sich dann über die Mailieferungen und bekräftigt den Besuch bei ihm Kolben und Resedly machten, während sich Doubela, der mit Soatel auf die Jagd gehen wollte, im Nebenraum befand, ohne daß der eine Teil von der Anwesenheit des anderen etwas gewußt hätte. Seine Aussagen bringen aber nichts wesentlich Neues.

### Freispruch eines Genossen.

Wie die Hebefreiheit eingeschränkt wird.

Bilin, 27. Juni. Unser Genosse Josef Jant... aus Moskau wurde wegen Übertretung eines Versammlungsverbotes angeklagt und mußte sich deshalb am Freitag, den 27. d. M. beim Biliener Bezirksgerichte verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 23. März sollte in Moskau eine Versammlung der Kleinrentner und Hausier in Janisches Goshans tagen, in der Gen. Laibl sprechen sollte. Die Versammlung war ordnungsgemäß bei der politischen Expositur in Bilin gemeldet, die aber die Abhaltung der Versammlung nur deshalb verbot, weil angeblich nicht volle drei Tage zwischen Anmeldung und Tagung der Versammlung lagen. Selbstverständlich hatten sich im Versammlungstotal unsere Genossen eingeschrieben, weil sie ja vom Verbot keine Kenntnis hatten. Ebenso war auch der Redner Abgeordneter Gen. Laibl erschienen. Aber auch die politische Behörde hat es für gut befunden, einen Gendarmen zu entsenden, damit er feststelle, ob dem Verbot auch entsprochen wird. Gen. Jantische hat nun das schwere „Verbrechen“ begangen, den Versammelten den Erlaß der politischen Expositur durch dessen Verlesung zur Kenntnis zu bringen. Darin sah nun der Gendarm eine Übertretung des Versammlungsverbotes und erstattete sofort die Anzeige. Da aber die Versammlung tatsächlich nicht getagt hat, wurde unser Genosse nach einstündiger Verhandlung freigesprochen. Was diesem Verfall ist abermals zu erkennen, daß die Freiheit des Wortes „in der höheren Schweiz“ gesichert ist, weil sie von Gendarmen bewacht wird. Diese Sicherheit entspricht selbstredend den bekannten demokratischen Grundgesetzen, mit welchen dieser Staat regiert wird.

## Volkswirtschaft.

### Die österreichische Arbeiterbank.

Das erste Geschäftsjahr.

Der große Vorteil der österreichischen Arbeiterbewegung ist es, daß sie Probleme, um die in anderen Staaten schwer gerungen und die oft nur durch Spaltungen oder Entfernungen ausgetragen werden können, im gemeinsamen Verständnis löst und Kräfte verbindet, die sie vereint vorwärts führen und die sie getrennt nur schädigen würden. Während in den meisten Staaten die Frage, ob man besondere Genossenschaftsbanken oder Arbeiterbanken für Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam errichten soll, ein Problem ist, in Deutschland sogar schon zwei Bankzentralen bestehen (einmal die neue Bank der Gewerkschaften, zum anderen Male die Bankabteilung der deutschen Großverkaufsgesellschaft), haben die Österreicher gewagt und gewonnen. Gezogen von den agitatorischen Kräften der gesamten Arbeiterbewegung dient die Arbeiterbank als Ausgleichsstelle für die Arbeiterklasse, die alle Spargelder und alle Geldmittel der sämtlichen Organisationen sammelt und die auf der anderen Seite alle wertvollen Unternehmungen der Arbeiterklasse unterstützt. Wir sagen ausdrücklich wertvoll, denn wenn irgendwo zehn Genossen ein Arbeiterheim ohne jede gesicherte materielle Grundlage aufbauen wollen, dann werden sie kaum die Hilfe der Arbeiterbank finden. Das Geld des Proletariats muß vorsichtig verwaltet werden und muß selbst dann vorsichtig behütet werden, wenn es manchmal gegen die heißen Wünsche der einzelnen Organisationen oder bestimmter Arbeiterkreise verstößt. Jede Organisation, die Geld fordert, muß überzeugt sein, daß die Geldmittel sicher und gut angelegt sind und muß der Verwaltung der Arbeiterbank dafür auch die notwendigen Beweise erbringen.

Die Arbeiterbank hat die Kreditorganisation der Arbeiterklasse ausgebaut und vom Spargeld des einzelnen, das die Betriebsräte sammeln, bis zur großen Einlage der Organisationen in jedem Land unseres Bundes die Hilfsmittel bereitgestellt, die dafür notwendig sind. Jedes Land hat seine besondere Kreditkasse: in Linz die Kreditkasse, in Salzburg, Sauerbrunn, Magerfurt und Wiener-Neustadt die Volkskreditbank, in Graz den Alpenländischen Volkskredit und in Innsbruck die Tiroler Spar- und Kreditkasse. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Mitteilungen über den Umfang des Geschäftes:

„Den überwiegenden Teil der Mittel hat im ersten Geschäftsjahr unsere Konsumgenossenschaftliche Bewegung, darunter die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine mit ihrer Gefolgschaft von rund 300 Vereinen in Anspruch genommen (rund 19 1/2 Milliarden). Der an Produktivgenossenschaften aufgewendete Betrag nähert sich 4 Milliarden und ebensoviel haben unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen angefordert, obwohl diese überwiegend dem Kreditinstitut für öffentliche Arbeiten angeschlossen sind. Unsere affiliierten Kreditgenossenschaften erreichten insgesamt nicht ganz 4 Milliarden. Die Einrichtungen der politischen Bewegung (Blätter, Zeitungsdruckereien, Buchhandlungen) überschritten eine Milliarde, zum Erwerb von Arbeiterheimen wurden mehr als 600 Millionen beigestellt. Die Organisation der „Kinderfreunde“ mit ihren Landesstellen und zahlreichen Ortsgruppen hat oft und immer mit Erfolg unsere Intervention in Anspruch genommen und am Jahreschluss Kredite von nahezu 600 Millionen gnossen, sonstige Arbeitervereine (unter ihnen „Die Naturfreunde“) eine halbe Milliarde. Die

Arbeiterbank hat im Interesse der Elektrifizierungsaktion gleichen Schrittes mit der Bauernbank an der Emission der Newag mitgewirkt und für derlei Unternehmungen auch laufende Kredite gewährt. Für Industrie gemeinden wurden verschiedene, auch größere Kreditaktionen (bis zu 6 Milliarden) abgewickelt und überdies Kontokorrentkredite von 360 Millionen gewährt.

Von den gewährten Krediten ist nicht eine Krone notleidend geworden und bei jedem einzelnen ist auf volle bankmäßige Deckung Bedacht genommen worden. Die Kredite wurden in der Regel kurzfristig, auf drei Monate, gewährt und termingerecht reguliert.

Das Jahresergebnis resultiert nur zum Teil aus Zinsspannung, zum anderen Teil aus dem laufenden Bankgeschäft. Die Arbeiterbank besorgt für die genossenschaftlichen Institute alle aufgetragenen Banktransaktionen, insbesondere die Beschaffung von Devisen und die Regulierung von Auslandszahlungen, sie leistet für produktivgenossenschaftliche Betriebe die erforderlichen Garantien und Sicherstellungen, sie vermittelt für Gemeinden in- und ausländische Darlehen usw. Die aus diesen banktechnischen Arbeiten sich ergebenden Provisionen machen im ersten Jahre 1.713.843,952 K, gegenüber dem Zinseingewinn von 1.099.757,964 K eine beträchtliche, täglich steigende Ertragsquelle. Da die meisten Organisationen noch nicht wissen, daß die Arbeiterbank jedweden Auftrag in welcher Höhe und Art immer durchzuführen in der Lage ist, nehmen sie leider die Arbeiterbank noch nicht in gebührender Weise in Anspruch.“

Ein Bedenken, das gegen gemeinsame Gewerkschafts- und Genossenschaftsbanken immer vorgebracht wird, große Streiks müßten die Kassen leeren und die Genossenschaften gefährden, hat die österreichische Erfahrung widerlegt. Die Arbeiterbank hatte nach dem Bankbeamtenstreik und nach den vielen Streikbewegungen der Metallarbeiter mehr Geld in ihren Kassen als vordem. Denn sofort, als die Streikwelle begann, haben die anderen Gewerkschaften ihre Einlagen verdoppelt und dadurch jede Gefahr für die Geldmittel der Bank siegreich abgeschlagen. Solidarität macht auch hier unüberwindlich.

### Internationale Arbeitskonferenz.

Der tschechoslowakische Regierungsbotschafter Dr. Stern für den Achtstundentag.

Das tschechoslowakische Presbüro meldet aus Genf:

In der Debatte über den Bericht, betreffend die achtstündige Arbeitszeit, ergreifen die Arbeiterdelegierten Mertens, Jouhaux und Poulton das Wort. Nach diesen sprach der französische Arbeitsminister Godart, worauf der tschechoslowakische Regierungsbotschafter Dr. Eugen Stern folgende Erklärung machte:

„Es ist natürlich, daß der Regierungsbotschafter der Tschechoslowakei in dieser Debatte über die achtstündige Arbeitszeit das Wort ergreift. Sind wir doch ein Industrieland, Nachbarn Deutschlands und haben die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag ratifiziert. Der Bericht des Direktors konstatiert, daß unser Gesetz über die Washingtoner Konvention hinausgeht, indem es sich auch auf den Handel bezieht. Es hat sich bei uns im ganzen, in der Industrie und im Handel eingelebt, wurde und wird eingehalten, obwohl wir schwere wirtschaftliche Krisen der verschiedenen Formen durchgemacht haben. Wir haben auch die Periode der Deflation verbunden mit vorübergehender Exportunfähigkeit und einer großen Arbeitslosigkeit durchgemacht, eine Periode, die unsere Nachbarn später, bzw. erst jetzt durchmachen. Aber auch in dieser schweren Zeit haben bei uns die Stimmen nicht den Sieg errungen, die nach Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit riefen. Die Reform hat sich bei uns innerstaatlich eingelebt und international wurde sie bis vor kurzem von allen europäischen Industriestaaten eingehalten. Leider wurde diese Periode nicht von den führenden Industriestaaten zur Ratifizierung benützt, da unter ihnen kein genügendes Vertrauen zu langen Verpflichtungen bestand. Aber gerade dieser Fall ist uns ein klassisches Beispiel, daß die internationalen sozialpolitischen Abkommen nicht bloß eine Verpflichtung darstellen, sondern gleichzeitig eine gegenseitige Garantie und Schutz sind. Die international garantierte achtstündige Arbeitszeit wird eine gemeinsame Standard, eine niemandem schaden Selbstverständlichkeit, verlegt bedroht sie aber den wirtschaftlichen Frieden nicht nur unter den Nationen, sondern auch unter den Klassen in den einzelnen Ländern. Dieses Gleichgewicht in dem wichtigen Punkte des internationalen wirtschaftlichen Lebens wurde von einem Staate verlegt, der gerade industriell der bedeutendste ist und in der Erzeugungstechnik der vollkommenste ist. Die deutschen Sachverständigen verwarren sich und behaupten, daß ihre Nachbarn mit Unrecht über das deutsche soziale Dumping sprechen und die deutschen berufenen Kreise darauf hinweisen, daß es sich um vorübergehende Maßnahmen handelt. Auch wenn Deutschland heute seine Deflationskrise durchmacht, die es sicherlich bald überwinden wird, hat es mit der Verlängerung der Arbeitszeit in den übrigen Ländern zumindest die psychologische Entgegnung bewerkstelligt. In Deutschland selbst herrscht ein großer Streit darüber, ob in einer technisch ausgestatteten Industrie die Verlängerung der Arbeitszeit die erwartete Verbilligung der Erzeugung bringen kann und ob Deutschland durch die Verlängerung der Arbeitszeit im internationalen Wettbewerb dauernd irgendwelchen

Gewinn erzielt. Im März d. J. hat Abg. Breitscheid in der Debatte im Reichstag auf die internationalen Gefahren auch für Deutschland selbst aufmerksam gemacht, wenn in Verfolg seines Beispiels auch in den anderen Staaten die Arbeitsbedingungen verschlechtert würden. Daß dieser Stand schwere Komplikationen, besonders in den sozial fortgeschrittenen und politisch demokratischen Staaten zur Folge haben werde, ist sicher. Gleichfalls sicher ist, daß in den Massen für lange Zeit der Glaube in die internationale höhere Perspektive abgeschwächt werde. Erst jetzt werden wir uns der tiefen Wahrheit und der praktischen Weisheit des Art. 427 des Friedensvertrages bewußt, der unter den Methoden und Prinzipien für den Weltfrieden die Annahme der achtstündigen Arbeitszeit auch in jenen Ländern, wo sie bisher nicht eingeführt war, als besonders wichtig und dringend zitiert. Ich denke, daß die europäischen Wirtschaftstragen nicht erfolgreich gelöst werden können, wenn nicht gleichzeitig auf die unerlässliche Regelung der Arbeitszeit in den führenden Industriestaaten Rücksicht genommen wird. Die Einwendungen, die zur Diskussion über diese Angelegenheit im Verwaltungsrat bereits ausgesprochen und vom Direktor in seinem Bericht hervorgehoben wurden, können von den Regierungen der Industriestaaten nicht übersehen werden. Die Erklärung der englischen Staatssekretärin Miss Bondfield und die eben vorgebrachte Kundgebung des französischen Arbeitsminister Godart geben uns diese Hoffnung. Wenn die Washingtoner Konvention nicht schon in einer Zeit ratifiziert wurde, als sie uns vor den uns heute drohenden Gefahren schützen konnte, so muß es jetzt geschehen. Anderenfalls befürchte ich, daß wir nicht auf dem Wege zur Verständigung unter den Nationen in der Frage fortschreiten, welche die breiten Volksmassen betrifft, in der Frage der Erhöhung des Lebensstandards der Nationen, in der Frage des allgemeinen Wohlbefindens.“

Der Index der Großhandelspreise, welcher seit März l. J. eine sinkende Tendenz verzeichnet, verharrt in ihr nach Nummer 18 der „Preisberichte des Statistischen Staatsamtes“, in dem er wieder um und zwar jäh sinkt. Der Gesamtindex vom 1. Juni 1924 sank von 1015 im Vormonate auf 981, d. i. um 3,3 Prozent bei Zugrundelegung der Preise vom Juli 1924 und um 2,1 Prozent bei Zugrundelegung der Preise vom Mai 1924. Auch in Gold berechnet sank der Index von 146,5 auf 141,8. Es sanken im Preise beide Hauptgruppen: die Roh- und Genußmittel von 968 auf 909, die Industriestoffe und -Erzeugnisse von 1071 auf 1064, nach den Preisen vom Vormonate um 3,5 respektive 0,4 Prozent.

„Bauarbeiterstreik in Reichenberg. Unter Führung der Kommunisten ist es in Reichenberg am 21. Juni zum Streik der Bauarbeiter gekommen. Die Art wie dieser Streik inszeniert wurde, erinnert an den ungelungen Generalstreik im Dezember 1920. Wieder sind es die sogenannten Führer, die im entscheidenden Moment jede Verantwortung ablehnen und sich hinter den Willen der Massen verziehen. Manche dieser Führer scheinen gar nicht zu wissen, worum es eigentlich geht. Als nach Ausbruch des Streiks der Sekretär der tschechischen Gewerkschaftskommission, Gen. Hula, den Herrn Fiala vom kommunistischen Bauarbeiterverband fragte, ob die Kommunisten die geforderte 10prozentige Lohnerhöhung auf die jetzigen Löhne verlangen oder auf die alten Löhne, welche von den Kommunisten um 25 Prozent abgebaut wurden, da antwortete dieser Herr, daß die 10prozentige Erhöhung auf die alten Löhne verlangt würden. Der Streik wurde Freitag, den 20. Juni nachmittags beschlossen, aber schon Samstag, den 21. Juni früh erhielt der Arbeitgeberbund vom kommunistischen Bauarbeiterverband in Prag einen Brief, womit die Unternehmer um Verhandlungen angegangen werden. Die Herren sind also sehr frühzeitig davon, den Streik abzuwürgen. Würden so etwas die Reformisten tun, dann würden die Moskauer nicht schlecht über einen solchen Verrat schimpfen. Im Reichenberger Bezirk gibt es derzeit gegen 1400 unorganisierte Bauarbeiter, das sind zwei Drittel aller Beschäftigten. Das eine Drittel der organisierten ist in fünf Verbänden organisiert. Der deutsche Bauarbeiterverband und der tschechische Bau- und Keramikarbeiterverband haben mit diesem Streik nichts zu tun. Mitglieder, die im Namen dieser beiden Verbände bei dieser Sache mitwirken, missbrauchen den Namen der Organisation und haben die daraus entstehenden Folgen selbst zu tragen. Die Verantwortung für diesen Putsch hat ausschließlich der kommunistische Bauarbeiterverband in Prag zu tragen. Die Berichterstattung des Reichenberger „Vorwärts“ leistet das äußerste in der Erfindung lügenhafter Nachrichten. Eine dieser Lügen mußte selbst die kommunistische Streikleitung in der Dienstag-Nummer am 24. Juni richtigstellen.“

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien. Nach Feststellung des Statistischen Amtes in Wien betrug die Arbeitslosenzahl Ende Mai 68.475, d. i. der siebte Stand seit November 1922. Der Rückgang gegen den Vormonat beträgt 17 Prozent.

Reichsbank und Goldnotenbank. Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ soll zwischen der Reichsbank und der deutschen Reichsregierung der Entwurf eines Ausgleichsvertrages vereinbart worden sein, der u. a. vorsieht: Die alte Reichsbank tritt in Liquidation. Die Anteile der Reichsbank von nom. 180 Millionen sollen im Verhältnis 2:1, also auf 90 Millionen zusammengelegt und das Kapital in die zur Goldnotenbank sich ver wandelte Reichsbank bei Durchführung des Dawesgutachtens auf 400 Millionen erhöht werden.

## Kunst und Wissen.

Bruno Winawer „R. S. Ingenieur“ im Tschechischen Nationaltheater. Winawer, dessen Komödie vorgeführt zum erstenmale in Prag mit bedeutendem Erfolge über die Bühne ging, ist eine der hoffnungsvollen Erscheinungen der polnischen Literatur. Sein „Buch Hios“, das in scharfer Weise die polnische Nachkriegsmoral geißelt, wurde in dieser Spielzeit im Weinberger tschechischen Theater wiederholt unter großem Beifall gespielt und ist auch in Oesterreich und Deutschland aufgeführt worden. Sein „R. S. Ingenieur“ ist mehr eine Groteske als eine Komödie. Eine der handelnden Personen, der Freund-Anhänger und Ironiker Prof. Bistjan stellt die Theorie auf: „Wer einmal den Namen eines Narren oder Grafen besitzt, der wird ihn nicht mehr los; er kann tun, was er will, er bleibt ein Narr oder ein Graf.“ So bleibt wirklich der geistvolle Ingenieur, der sich durch Mühen, Kräfte und Uebermut als geistesgestört ausgegeben hat, um im Kriege nicht einrücken zu müssen, ein Narr für seine Umgebung, obwohl er offen zugibt, daß er durch seinen geheuchelten Wahnsinn Wohnung und Sicherheit gesucht hat, obwohl alle um ihn herum, die sich einbilden, geistig gesund zu sein, einen Spahen haben: der Professor seine Freundtheorie, dessen Freund den Glauben an ein absolutes Recht, die Professorgattin den Eifersuchtswahnsinn. Selbst die große Umwelt, die um ihn herum dem Ramon irrsinnig nachjagt, die auf höhere Werte vergißt, erkennt nicht, daß er der einzige Gesunde ist — nur das liebende Mädchen vermag er schließlich doch von der Wahrheit zu überzeugen. — Die drohenden Szenen, die tollend und doch so lebenswahren Figuren fanden tüchtige Darsteller, unter denen besonders die S. Roland, Dohl und Kasilov hervortraten. Dr. K. E.

Die ersten Orgelabsolventen der Deutschen Musikakademie aus der Schule des Prager deutschen Orgelmeisters, Prof. Rowalowski, spielten am Donnerstag in der evangelischen Kirche und gaben Zeugnis von der selbstbewußten Arbeit unserer deutschen Musikbildungsstätte, deren innerer Ausbau mit den ersten praktischen Erfolgen der Orgelschule als vollendet angesehen werden kann. Aus den künstlerischen Leistungen dieser ersten Orgelschüler schöpfte man die erfreuliche Wahrnehmung, daß es der Akademie nicht nur darum zu tun ist, tüchtige Organisten für den praktischen Gebrauch heranzubilden, sondern auch wirkliche Meister des Orgelspiels. In diesem Sinne fiel namentlich das Spiel des Herrn Maximilian Lampel auf, der neben beachtenswerter technischer Fertigkeit und Musikalität, auch ein bedeutendes Maß des Könnens in der schwierigen Kunst des Registrierens offenbarte; Joh. Seb. Bachs Präludium und Fuge in Es-dur und C-moll-Passacaglia, gerieten in seiner Ausdeutung zu überzeugenden Gebilden nachschaffender Tonkunst. Auch in dem Orgelspiele Herrn Eduard Klugs, der eine Passacaglia des berühmten alten Lübeder Orgelmeisters Buxtehude zum Vortrage brachte, gab sich gründliche Schulung kund, wenn auch seine Technik im Manual- und Pedalspiel noch nicht genug ausgeglichen ist und seine Registrierung manchmal noch zu unvermittelt wirkt. Dieser Orgelkonzert-Abend diente gleichzeitig auch gelunglicher Befähigungsnachweisen. Fr. Melzer aus der Gesangsschule Prof. Wallersteins, sang wieder von Hugo Wolf mit Orchesterbegleitung. Der Mangel freien Tonansatzes machte sich in der akustisch intimen Kirche noch mehr bemerkbar, als jüngst im „Urania“-Saale beim Theaterabend. Als in der Ton- und Stimmbildung wohlberatenen Sängerin zeigte sich, in Liedern von Max Reger, Fr. Jmtrant Wolf, eine stimmgelegene Schülerin der Gesangsmeisterin Frau Prof. Brömse-Schänemann. Die Orgelbegleitung der Lieder besorgten in gewohnter Weise die bereits erwähnten Orgelkandidaten. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Der Ruf“, Sonntag nachm. „Der Feldherrnhügel“, abends „Fürst von Pappenheim“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag und morgen Sonntag halb 8 Uhr „Meine Frau, die Kofolte“, „Er hat Talent!“ und „Der Mann mit den 2 1/2 Frauen“, heute 10 Uhr nachts und Sonntag nachm. „Ecksteins Verlobung“, „Die 13 Tage aus der guten alten Zeit“ und „Kaufhaus unter freiem Himmel“.

Siegfried Hofner wird in der nächsten Woche im Neuen Theater ein mehrabendliches Gastspiel absolvieren.

Sonntag-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen. Sonntag nachm. gelangt bei kleinen Preisen „Der Feldherrnhügel“ mit Alfred Gutlig und Alfred Rittig zur Aufführung. Beginn halb 3 Uhr. Abends wird dann bei ebenfalls ermäßigten Preisen „Der Fürst von Pappenheim“ gegeben.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Hollk.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

**Kuh & Kretsch**  
Erzeugung von alkoholfreien Fruchtperlen  
**Teplitz-Schönau**